

**Bildungspolitische Wahlprüfsteine der  
Landeschüler\*innenvertretung NRW  
zu den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 14.05.2017**

- sortiert nach Fragen -

**1. Was läuft nach Auffassung Ihrer Partei im nordrhein-westfälischen Schulsystem falsch?**

Antwort der CDU:

Der Bildungs- und Erziehungsauftrag von Schule droht unter Rot-Grün zunehmend aus dem Blick zu geraten. Leistungsansprüche durch Lehrkräfte wirken motivierend auf Schülerinnen und Schüler. Lehrerinnen und Lehrer dürfen allerdings weder auf die rein funktionale Vermittlung von Kompetenzen und Fähigkeiten noch auf bloße Beratung bei Lernprozessen reduziert werden. Eine Verengung des Lehrerbildes auf die Funktion eines bloßen „Lernbegleiters“ verkennt solche elementaren Zusammenhänge und privilegiert oftmals einseitig Kinder und Jugendliche aus bildungsaffinen Familien, die selbständiges Lernen und Arbeiten gewohnt sind. Umgekehrt werden häufig solche Schülerinnen und Schüler benachteiligt, die aus eher bildungsfernen Familien stammen und Lehrerinnen und Lehrer als Orientierungspersönlichkeiten benötigen, um selbst ihre Lern- und Wissenspotenziale entwickeln und optimieren zu können.

Antwort der GRÜNEN:

Das nordrhein-westfälische Schulsystem ist noch weit vom Ideal eines inklusiven Schulsystems entfernt, das allen Kindern und Jugendlichen gerecht wird, jeden und jede in ihren Möglichkeiten fördert und unterstützt. Schule muss noch stärker ein Ort sein, wo Demokratie gelernt und gelebt wird und wo Alltagskompetenzen vermittelt werden. Schule braucht den weiteren Ausbau der Bildungsinvestitionen, um die Qualitätsbedingungen nachhaltig zu verbessern.

Antwort der LINKEN:

Das Schulsystem in NRW ist nach wie vor durch hohe soziale Disparitäten gekennzeichnet und chronisch unterfinanziert. Zudem wurde echte Inklusion immer noch nicht umgesetzt. Es fehlt an gut ausgebildetem Personal und sächlicher Ausstattung. Schulgebäude sind oft marode und werden nicht saniert. Der Ganztagschulbau stagniert. Kinder und Jugendliche sind viel zu großem Stress und Leistungsdruck ausgesetzt. „Sitzenbleiben“ ist immer noch eine pädagogische Maßnahme, die nach wie vor eingesetzt wird. Kurzum: das Schulsystem in NRW ist noch nicht im 21. Jahrhundert angekommen.

Antwort der SPD:

Wir haben in den vergangenen Jahren auch mit kritisch-solidarischer Begleitung durch die LSV viel erreicht, auch wenn es auch nach unserer gemeinsamen Ansicht noch viel zu tun gibt. Nach Jahren des bildungspolitischen Stillstandes und Rückschritts ist es uns gelungen, die wesentlichen Indikatoren für eine gerechte und gleichzeitig leistungsstarke Bildung in NRW wieder ins Positive zu drehen. Der Richtungswechsel ist erfolgt. Die Richtung stimmt jetzt wieder. Deshalb wäre es aus unserer Sicht zu kurz gegriffen, von „falsch“ zu reden.

Auch wenn wir uns natürlich ein noch höheres Tempo wünschen, so müssen wir feststellen, dass die Herausforderungen gerade in NRW gewaltig sind. Kein anderes Land hat so viele Kinder und Jugendliche aus Flüchtlingsfamilien aufgenommen. Kein anderes Land hat so viele Großstädte mit sozialen Herausforderungen. Kein anderes Flächenland hat einen anhaltenden Strukturwandel so wie wir zu bewältigen. All dies fordert uns zusätzlich heraus und erfordert den zusätzlichen Einsatz von Personal und Finanzmitteln. Die SPD-geführte Landesregierung ist dem durch ihre politische und finanzielle Prioritätensetzung zugunsten von Kindern, Bildung und Kommunen in besonderer Weise gerecht geworden: Auch in Zeiten einer schwierigen Haushaltslage hat NRW seit 2010 nicht nur jede frei werdende Lehrerstelle neu besetzt, sondern auch Milliarden zusätzlich in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen investiert. Wir haben knapp fünf Milliarden Euro zusätzliche Bildungsinvestitionen im Vergleich zu 2010 eingesetzt. Der Anteil der

Bildungsausgaben am Landeshaushalt stieg auf 26 Milliarden Euro. Das entspricht mehr als einem Drittel des Landeshaushalts.

Doch die Anforderungen an unsere Schulen steigen immer weiter: Integration von Zugewanderten, individuelle Förderung und Exzellenz, Inklusion und die Vorbereitung auf Ausbildung und Beruf wie auch das Lernen im digitalen Wandel werden weiter große Kraftanstrengungen erfordern. Diesen Herausforderungen werden wir uns weiterhin stellen.

Antwort der AfD:

In NRW läuft im Bildungssystem fast alles falsch, weil die Landesregierung von einer grundsätzlich falschen Voraussetzung ausgeht, wie schulische Bildung angelegt, organisiert und durchgeführt werden muss.

Von einer primitiven Gleichheitsvorstellung ausgehend zerstört man das gegliederte Schulsystem, nimmt damit den verschiedenen Begabungen die Plattform und den Schonraum für ihre individuelle Entfaltungsmöglichkeit, senkt das Niveau, um höchste Abschlüsse massenhaft vergeben zu können und überfordert Schüler und Lehrer mit unlösbaren Aufgaben wie dem binnendifferenzierten Unterricht, der Inklusion, der Integration aktueller Zuwanderer sowie der Beibehaltung von G8.

Antwort der FDP:

Die Schulpolitik der rot-grünen Landesregierung ist gescheitert. Die Situation ist deutlich schlechter als vor einigen Jahren. In nahezu allen deutschlandweiten Vergleichsstudien landet Nordrhein-Westfalen auf letzten Plätzen: von den schlechtesten Lehrer-Schüler-Relationen über die geringsten Bildungsausgaben pro Schüler, bei der beruflichen Bildung bis hin zur Bildungsarmut, wo nur die Stadtstaaten schlechtere Ergebnisse erzielen. Trotz einer angeblichen Politik, bei der kein Kind zurückgelassen werden soll, wird die Chancengerechtigkeit nicht gestärkt. Seit 2010 ist in Nordrhein-Westfalen die Kinderarmut sogar angestiegen. Auch bei Leistungsvergleichen etwa im MINT-Bereich oder der Orthografie schneidet NRW verheerend ab. Dies zeigt auch, dass die von Rot-Grün schleichend umgesetzte Politik der Leistungsnivellierung und die Verhinderung von Qualitätsstandards den Schülerinnen und Schülern nicht nützt, sondern schadet. Zudem sind die Schulen durch unzureichende Unterstützung bei der Flüchtlingsbeschulung, durch Unterrichtsausfall, die Umsetzung einer Inklusion ohne qualitative Leitplanken und die mangelhafte Lehrerversorgung massiv belastet. Darüber hinaus ist es aus Sicht der Freien Demokraten nicht akzeptabel, dass Schülerinnen und Schüler je nach besuchter Schulform gezielt ungleich behandelt werden. Eine Politik der Kinder erster und zweiter Klasse lehnen wir ab.

Antwort der Piraten:

Zum einen hat Bildungspolitik noch immer nicht den Stellenwert, der ihr zusteht, zum anderen werden viele Diskussionen nicht sachlich sondern eher ideologisch geführt. Daraus ergeben sich die meisten der aktuell zu beobachteten Probleme.

## **Bildungsunterfinanzierung**

### **2. Was wird Ihre Partei in der NRW-Landesregierung gegen die chronische Unterfinanzierung des Bildungssystems in NRW unternehmen?**

Antwort der CDU:

siehe Antwort auf Frage 7

Antwort der GRÜNEN:

Der Schulhaushalt in NRW ist seit 2010 um mehr als 3,8 Mrd. € gesteigert worden. Das ist ein Plus von 27%. Es wurden nicht nur die 10000 Stellen, die CDU/FDP bereits gestrichen hatte, erhalten, und Stellen, die im Haushalt gar nicht ausfinanziert waren gesichert, sondern zusätzlich mehr als 8000 Stellen geschaffen. Insgesamt sind es inzwischen so mehr als 20000 Stellen mehr im System. Das hat dazu geführt, dass der Lehrerarbeitsmarkt angespannt ist. Deshalb muss auch kontinuierlich für die Ausbildung gesorgt werden, deren Kapazitäten wir nach schwarz/gelb wieder

aufgestockt haben. Die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen wie z. B. auch das Absenken der Klassenfrequenzrichtwerte, Team- und Fortbildungszeiten sowie der Einsatz von multiprofessionellen Teams und ein weiterentwickelter Sozialindex erfordert weitere Investitionen, die wir auch leisten wollen. Wir wollen auch in der nächsten Legislaturperiode den Etat weiter überproportional steigern, um Rahmenbedingungen kontinuierlich zu verbessern.

Antwort der LINKEN:

Um die Unterfinanzierung beheben zu können, müssen wir die Einnahmesituation in NRW verbessern. Dazu brauchen wir dringend eine andere Steuerpolitik des Bundes. DIE LINKE hat ein Steuerkonzept vorgelegt, das auf eine gerechte Besteuerung der Reichen und Vermögenden setzt und die Mittelschicht entlastet. Würde ein solches Steuerkonzept umgesetzt, entfielen auf NRW rund 21 Milliarden Euro zusätzlicher Steuereinnahmen pro Jahr.

Antwort der SPD:

Die pauschale Aussage der Unterfinanzierung des Bildungssystems nicht nur in NRW sondern in allen Bundesländern ist so richtig, wie sie auf Länderebene praktisch folgenlos bleiben muss. Da die Bundesländer außer der Grunderwerbsteuer über keine eigenen Kompetenzen hinsichtlich der Besteuerung verfügen, bleibt das Volumen der Länderhaushalte begrenzt. Die Grunderwerbsteuer hat die SPD-geführte Landesregierung von 3,5 % auf 6,5 % erhöht und damit unter anderem den Verzicht auf Studiengebühren und die Beitragsfreiheit im letzten Kitajahr finanziert. 400 Mio. Euro konnten so zusätzlich für die beitragsfreie Bildung mobilisiert werden. Weitere Schritte zur Beseitigung der Unterfinanzierung des Bildungssystems können nur durch bundesgesetzliche Regelungen in der Steuerpolitik – etwa durch eine Reform der Erbschaftssteuer oder eine Reaktivierung der Vermögenssteuer – erfolgen. Die NRWSPD macht sich auch deshalb dafür stark.

Im Rahmen dessen, was möglich ist, werden wir die Prioritäten weiter auf Vorfahrt für Bildung setzen. So werden wir gleich zu Beginn der Wahlperiode ein neues Finanzierungssystem für die Kindertageseinrichtungen gesetzlich auf den Weg bringen und die Offenen Ganztagschulen im Primarbereich qualitativ weiterentwickeln. Die Schüler-Lehrer-Relation an allen Schulen wollen wir verbessern und durch mehr Multiprofessionelle Teams die besonderen Herausforderungen der Integration und Inklusion in der Umsetzung besser angehen. Allein diese vier Bausteine – ohne dass wir über Digitalisierung u.v.a.m. überhaupt gesprochen haben – bedeuten einen finanziellen Aufwuchs im Milliardenbereich in den kommenden fünf Jahren. Wir sind dazu bereit, die entsprechenden Weichen im Landeshaushalt zu stellen.

Antwort der AfD:

siehe Antwort auf Frage 7

Antwort der FDP:

Durch die Untätigkeit der rot-grünen Landesregierung seit 2010 sind viele Kitas chronisch unterfinanziert, da die Finanzierungsanteile des Landes hinter der tatsächlichen Kostenentwicklung zurückgeblieben sind. Darunter leidet die gesamte pädagogische Arbeit, aber auch die Trägervielfalt. Denn nicht alle Träger sind in der Lage, die entstandene Finanzlücke auszugleichen. Wir Freien Demokraten wollen die Kindertageseinrichtungen deshalb so schnell wie möglich finanziell absichern. Die Kita-Finanzierung muss wieder den tatsächlichen Aufwand zur Erfüllung der Kita-Aufgaben abdecken. Um dies dauerhaft zu sichern, wollen wir die automatische Erhöhung der Kita-Finanzierung an einen wissenschaftlichen Index koppeln, der vor allem die realen Lohnkostensteigerungen berücksichtigt. So können wir einen guten Erzieherinnen-Kind-Schlüssel realisieren und die Trägervielfalt erhalten.

Beste Bildung für unsere Kinder kostet viel Geld. Es kann nicht sein, dass Nordrhein-Westfalen im Vergleich der Bundesländer bei den Pro-Kopf-Ausgaben für Schülerinnen und Schüler regelmäßig letzte Plätze belegt. Deshalb wollen wir in der parlamentarischen Arbeit auch finanziell einen klaren Schwerpunkt auf Bildung legen. Bildung ist für uns aber auch eine nationale Kernaufgabe. Bund und Länder müssen daher in der Schulpolitik besser zusammenarbeiten. Den Bund wollen wir dabei stärker in die finanzielle und koordinierende Verantwortung nehmen, das

Kooperationsverbot im Grundgesetz aufheben und mehr Bundesmittel für die Modernisierung der Schulen zur Verfügung stellen. Generell wollen wir den Schulen z.B. in einem ersten Schritt eine mindestens 105-prozentige, mittelfristig eine 108-prozentige Lehrerversorgung als Vertretungs- und Gestaltungsreserve ermöglichen.

Auch die Finanzierung der Hochschulen muss neu aufgestellt werden. Im bundesweiten Vergleich liegt Nordrhein-Westfalen bei den laufenden Ausgaben für Forschung und Lehre je Student auf dem vorletzten Platz. In Niedersachsen beispielsweise werden pro Student 3.000 Euro pro Jahr mehr ausgegeben als in Nordrhein-Westfalen. Dies schlägt sich unmittelbar auch in der Qualität der Lehre nieder. So ist Nordrhein-Westfalen auch beim bundesweiten Vergleich der Betreuungsrelationen zwischen Professoren und Studierenden abgeschlagen auf dem letzten Platz. Die Prioritäten im Landeshaushalt müssen künftig richtig gesetzt werden.

Antwort der Piraten:

Bildung muss in den Mittelpunkt jedes Regierungshandelns rücken. Wir haben uns als einzige Fraktion deutlich dafür ausgesprochen, Investitionen für Bildung aus der Schuldenbremse rauszunehmen. Die Schuldenbremse im Art.109 Abs.3 im Grundgesetz verhindert wertvolle Bildungs- und Zukunftsinvestitionen und führt erkennbar in eine Bildungskatastrophe, die nicht zuletzt die Demokratie in Deutschland schwächt. Die Finanzierung der Bildung muss unabhängig von Bestrebungen zur Einhaltung der Schuldenbremse besser gestellt werden. Wir setzen uns auf Landes- und Bundesebene dafür ein, Bildung zu den Ausnahmen in Art. 115 GG hinzuzufügen.

**3. Wie möchten sie die Kommunen in NRW bei der Sanierung ihrer Schulgebäude unterstützen?**

Antwort der CDU:

siehe Antwort auf Frage 7

Antwort der GRÜNEN:

Das Land hat die Mittel für die Kommunen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz GFG erheblich gesteigert. Darin enthalten ist auch die Bildungspauschale für die Aufgaben der Kommunen als Schulträger. Darüber hinaus haben wir das Programm „Gute Schule 2020“ aufgelegt, um die Kommunen bei Schulbau und –sanierung sowie bei der Schaffung digitaler Infrastruktur zu unterstützen. In den nächsten vier Jahren stehen dafür 2 Mrd. Euro zur Verfügung, zusätzlich zu den 2 Mrd. aus der Bildungspauschale. Für die kommunalen Aufwendungen zur schulischen Inklusion, z.B. für die Herstellung von Barrierefreiheit an Schulen und personelle Unterstützung, z. B. Schulbegleiter für das gemeinsame Lernen, erhalten die Kommunen zusätzlich 40 Mio. pro Jahr.

Antwort der LINKEN:

Viele Schulgebäude sind in einem schlechten baulichen Zustand, viele Toilettenanlagen sind dringend sanierungsbedürftig. Es fehlt an geeigneten Räumen für den Ganzttag, an Mensen, Fachräumen und Turnhallen, um ein gutes inklusives Bildungssystem anzubieten. Daher wollen wir ein Investitionsprogramm für Schulsanierung und Schulneubau im Umfang von 1 Milliarde Euro pro Jahr auflegen. Deshalb müssen die Schulpauschalen für die Kommunen dauerhaft erhöht und die Schulbaurichtlinien einem zeitgemäßen pädagogischen Konzept angepasst werden, d.h. mehr Räume pro Lerngruppe. 28 Kinder in einem Raum mit einer Lehrkraft entspricht schon lange nicht mehr den Anforderungen.

Antwort der SPD:

Mit der Zahlung der Schulpauschale von jährlich 650 Millionen Euro im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs leistet das Land NRW eine verlässliche Grundfinanzierung für den kommunalen Schulbau. In den letzten Jahren haben sich jedoch viele Städte und Gemeinden angesichts ihrer Haushaltssituation gezwungen gesehen, die tatsächlichen Investitionen in die Schulen deutlich herunterzufahren. Daher investiert das Land NRW zwei Milliarden Euro zusätzlich, um die Schulen auf Vordermann zu bringen. Mit dem Programm ‚Gute Schule 2020‘ hat die SPD-geführte Landesregierung die zusätzliche Finanzierung zur Verfügung gestellt, um Schulen zu sanieren, zu

modernisieren und – wo nötig – auch zu erweitern. Damit machen wir vieles möglich, wofür bisher kommunales Geld fehlt: Die Sanierung von Klassenzimmern und Schultoiletten, weil auch die Schulumgebung wichtig für den Lernerfolg ist. Eine Erweiterung des Offenen Ganztags, damit alle, die wollen, auch Platz finden. Die Modernisierung der Naturwissenschaften, um beste Voraussetzungen für kleine Forscherinnen und Forscher zu schaffen. Eine verbesserte digitale Ausstattung von Schulen, so dass digitales Lernen auch praktisch möglich ist. Und der Ausbau der Barrierefreiheit für eine gelingende schulische Inklusion. Daran werden wir anknüpfen. Mit uns ist klar: Wir sorgen weiter dafür, dass der Investitionsstau in den Klassenzimmern endlich aufgelöst wird.

Antwort der AfD:

siehe Antwort auf Frage 7

Antwort der FDP:

Viele Schulen sind marode. Sowohl die Grundausrüstung als auch weitere wichtige Merkmale wie die digitale Ausstattung sind oftmals nicht akzeptabel. Hier hat Rot-Grün jahrelang nicht gehandelt. So ist die Schul- und Bildungspauschale, die für die kommunalen Schulgebäude vom Land zur Verfügung gestellt wird, von Rot-Grün trotz Rekordsteuereinnahmen seit deren Regierungsübernahme nicht ein einziges Mal erhöht worden. Das nun unmittelbar vor der Landtagswahl von der Landesregierung beschlossene Programm „Gute Schule“ ist in dieser Form unzureichend, weil es trotz Rekordergebnissen Schulden für die heutigen Schülerinnen und Schüler aufbürdet, Kinder bei der Finanzierung ungleichwertig behandelt und zwei Milliarden Euro umfasst, obwohl die Sanierungsbedarfe auf sieben Milliarden Euro geschätzt werden. Nach dem Willen der FDP sollen zur Ausstattung der naturwissenschaftlich-technischen Fachräume (MINT) und der IT-Infrastruktur Bund und Länder ein gemeinsames Sonderprogramm auflegen. Für die digitale Infrastruktur wollen wir in den nächsten fünf Jahren 1.000 Euro pro Schülerin und Schüler investieren.

Zudem werden die Kommunen durch die rot-grüne Landesregierung auch strukturell unterfinanziert. Daraus resultiert ein enormer Investitionsstau in der kommunalen Familie. Die Freien Demokraten setzen sich für eine kommunale Mindestfinanzausstattung ein und wollen dauerhaft sicherstellen, dass die Kommunen endlich auskömmlich durch das Land finanziert werden. Erforderlich ist dazu eine grundlegende Neuausrichtung der Gemeindefinanzierung. Dafür wollen wir zunächst die Finanzbedarfe der Kommunen auf Basis aller ihnen gesetzlich zugewiesenen Aufgaben wissenschaftlich erheben.

Antwort der Piraten:

Die 2 Milliarden aus „gute Schule 2020“ werden bei weitem nicht reichen, die Schulen zu sanieren. Die Kommunen brauchen dringend eine strukturell bessere Finanzierung um ihren Aufgaben nachkommen zu können. Daneben bräuchte es wieder einheitliche Rahmenbedingungen für die Ausstattung der Schulen, z.B. Mindestraumgrößen. Diese müssten vom Land vorgegeben und die Umsetzung dann gemeinsam mit den Kommunen finanziert werden. Solange es keine Standards gibt, wird es vom Wohnort abhängen, wie gut eine Schule ausgestattet ist.

#### **4. Wie steht Ihre Partei zu der Forderung der LSV NRW, ein landesweites kostenloses Schüler\*innenticket einzuführen?**

Antwort der CDU:

siehe Antwort auf Frage 7

Antwort der GRÜNEN:

Wir wollen für alle Menschen in NRW ein kostengünstiges Nahverkehrsticket. Deshalb wollen wir ein Monatsticket für 60 Euro mit einer landesweiten Gültigkeit. Das wären 2 Euro pro Tag. Für Schüler\*innen und Auszubildende wollen wir noch deutlich günstigere Preise. Schon heute gibt es mit Landesunterstützung das Schokoticket im Verkehrsverbund VRR mit einer verbundweiten Gültigkeit für 1,14 Euro pro Tag. Das könnte eine Ausgangsbasis für ein NRW-weites Schülerticket sein.

Antwort der LINKEN:

DIE LINKE steht für eine gebührenfreie Schüler\*innenbeförderung.

Antwort der SPD:

Um die eigenständige Mobilität von Kindern und Jugendlichen und ihre Teilhabe am öffentlichen Leben zu unterstützen, will die NRWSPD erreichen, dass das Land, die Kommunen und die kommunalen Aufgabenträger im ÖPNV prüfen, wie allen Schülerinnen und Schülern unabhängig von der Distanz zwischen Wohn- und Schulstandort ein vergünstigtes Schülerticket als Solidarmodell zur Verfügung gestellt werden kann.

Antwort der AfD:

siehe Antwort auf Frage 7

Antwort der FDP:

In den Tarifgebieten der nordrhein-westfälischen Verkehrsverbünde gibt es bereits verschiedenste Formen kostengünstiger Schülertickets, mit denen die Schüler den öffentlichen Personennahverkehr unkompliziert und rund um die Uhr für Schule und Freizeit nutzen können. Dies begrüßen wir ausdrücklich. Über weitere Verbesserungen im Angebot von Schülertickets müssen die Verkehrsverbünde und Verkehrsunternehmen sowie die kommunalen Schulträger befinden.

Antwort der Piraten:

Die PIRATEN NRW setzen sich für die Einführung eines fahrscheinlosen Nahverkehrs für alle ein. Bis dieser verwirklicht ist, unterstützen wir auch die Forderung nach einem landesweit kostenlosen Schüler\*innenticket.

**5. Planen Sie, die Finanzierung der Schulsozialarbeit auch für die Zukunft sicherzustellen?**

Antwort der CDU:

siehe Antwort auf Frage 7

Antwort der GRÜNEN:

In NRW gibt es eine staatlich-kommunale Verantwortungsgemeinschaft für Schule. Dabei ist das Land für die inneren, die Kommunen als Schulträger für die äußeren Schulangelegenheiten zuständig. Beim Personal heißt das, das das Land für das pädagogische, die Kommune für das nichtpädagogische Personal zuständig ist. Bis 2013 hat der Bund die Kommunen bei der Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Teilhabepaket unterstützt und sich dann ohne Ersatz völlig zurückgezogen. Das Land ist mit 47 Mio. pro Jahr eingesprungen, um die Schulsozialarbeit zu sichern. Wir sehen weiter den Bund in der Pflicht, werden aber alles Notwendige tun, um die Schulsozialarbeit dauerhaft zu sichern.

Antwort der LINKEN:

Die vorübergehende Finanzierung der Schulsozialarbeit durch die Landesregierung läuft 2017 aus. Die Schulsozialarbeit muss dringend als feste Aufgabe der Schulen mit einem ausreichenden Schlüssel zur Schüler\*innenzahl ins NRW-Schulgesetz aufgenommen werden. Wir wollen zudem die Finanzierung für feste Stellen als Landesbeschäftigte mit Tarifbindung sichern. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, Schulsozialarbeit im Jugendhilferecht des SGB VIII als Regelleistung zu verankern.

Antwort der SPD:

Mit der NRWSPD ist klar: Das Programm zur sozialen Arbeit an Schulen wird fortgesetzt. Die rund 1.500 zusätzlichen Schulsozialarbeiter können sich ebenso wie die Schulen darauf verlassen, dass es hier kein Auslaufen nach der ersten Förderperiode gibt: So hat der Landtag mit den Stimmen von SPD und Grünen schon jetzt die Anschlussfinanzierung für das Jahr 2018 beschlossen, damit niemand gekündigt werden muss. Bei der Finanzierung werden wir gleichzeitig weiter darauf bestehen, dass es zu einer hundertprozentigen Refinanzierung durch den Bund kommt, der diese Leistung in Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets zugesagt hat. Zugleich werden wir die schulische Arbeit in multiprofessionellen Teams ausbauen.

Antwort der AfD:

siehe Antwort auf Frage 7

Antwort der FDP:

Die Schülerschaft wird heterogener. Gleichzeitig benötigen die Lehrerinnen und Lehrer eine verlässliche Unterstützung durch multiprofessionelle Teams. Die Freien Demokraten wollen daher zukünftig sicherstellen, dass jeder Schule die Unterstützung durch Sozialpädagoginnen und -pädagogen ermöglicht wird.

Antwort der Piraten:

Schulsozialarbeit ist ein wesentlicher Baustein einer guten Schule, der für alle Schulen sichergestellt sein muss. Die Piratenfraktion im Landtag hat sich letztlich erfolgreich für den übergangsweisen Erhalt der Sozialarbeit an Schulen mit Landesmitteln eingesetzt, als die Ende der Finanzierung durch den Bund im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes absehbar war. Die PIRATEN NRW werden sich weiterhin für die Schulsozialarbeit stark machen und dabei gegebenenfalls den dauerhaften Einsatz von Landesmitteln unterstützen.

**6. Wie möchte Ihre Partei den immensen und strukturellen Lehrer\*innenmangel an NRWs Schulen bekämpfen?**

Antwort der CDU:

siehe Antwort auf Frage 7

Antwort der GRÜNEN:

nicht beantwortet

Antwort der LINKEN:

Wir wollen mindestens 9000 Lehrerstellen zusätzlich für den Inklusionsprozess schaffen, wozu mehr Studienplätze in NRW im Fach Sonderpädagogik geschaffen werden müssen bzw. ein Weiterbildungsprogramm wie in den 90er Jahren. Darüber hinaus wollen wir 7.500 zusätzliche Lehrer\*innen zur Verbesserung der Unterrichtsqualität und Bekämpfung des Unterrichtsausfalls bereitstellen (Erhöhung der Stellen um 5 Prozent).

Antwort der SPD:

Die Schüler-Lehrer-Relation ist entscheidend für eine gute Unterrichtsversorgung. Wir werden sie an allen Schulen weiter verbessern Grundlage dafür ist die bedarfsgerechte Ausstattung der Schulen mit Lehrerinnen und Lehrern. Wir haben daher für die Umsetzung des Schulkonsenses und der schulischen Inklusion ca. 9.500 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer wiederbesetzt, die eigentlich angesichts sinkender Schülerzahlen abgebaut werden sollten (sog. Demografierendite). Im Zuge der schulischen Integration Geflüchteter haben wir zusätzlich ca. 6.500 neue Stellen geschaffen, um der immensen Herausforderung gerecht zu werden.

Für uns ist klar: Bei wieder steigenden Schülerzahlen wird auch die Anzahl der Stellen für Lehrerinnen und Lehrer weiter steigen müssen, um die Schüler-Lehrer-Relation weiter zu verbessern.

In den letzten Jahren müssen wir jedoch feststellen, dass weniger die Zahl der zur Verfügung stehenden Stellen als vielmehr die Verfügbarkeit geeigneter Bewerberinnen und Bewerber der begrenzende Faktor ist: Deswegen war es richtig, die Zahl der Plätze in der Lehrerausbildung nicht heruntergefahren zu haben und kurzfristig zwei zusätzliche Einstellungstermine zu ermöglichen. Darüber hinaus muss neben der kurzfristigen Möglichkeit der Stellenaufstockung von Teilzeitkräften, der freiwilligen Verlängerung der Lebensarbeitszeit und der verstärkten Gewinnung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern bei Bedarf auch die Studienkapazität im Lehramtsstudium wieder erhöht werden.

Ein zweiter Punkt ist die Bekämpfung des Unterrichtsausfalls: Während man kurzfristige Krankheitsfälle von Lehrerinnen und Lehrern nie 100%ig ausgleichen können wird, gehört zu einer guten Unterrichtsversorgung, längerfristige Ausfälle von Lehrkräften im Stellenbudget der einzelnen Schule wirksam über die Vertretungsreserve bei den Bezirksregierungen zu kompensieren. Darüber hinaus wollen wir Schulen in größerem Umfang als bisher befähigen, eigenständig ein Vertretungsbudget für kurzfristige Ausfälle zu verwalten. Teilzeitänderungen von Stammllehrkräften

und im Einzelfall angeordnete Mehrarbeit sind dazu gute flexible Instrumente, um drohende Unterrichtsausfälle abzuwenden.

Die NRWSPD will verstärkt die unterschiedlichen strukturellen Herausforderungen, denen Schulen aufgrund ihres Einzugsbereichs und ihrer Schülerschaft gerecht werden müssen, in der Ausstattung der Schulen mit Lehrerinnen und Lehrern berücksichtigen. Über einen Sozialindex wollen wir deshalb diejenigen Schulen in ihrer Arbeit besonders unterstützen, die besonders viele Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Schichten und mit Migrationshintergrund unterrichten.

Antwort der AfD:

siehe Antwort auf Frage 7

Antwort der FDP:

Zum einen muss intensiver für den Lehrerberuf geworben werden, zum anderen fordert die FDP mehr Anreizsysteme gerade für schwierige Stellenbesetzungssituationen. Mit großer Sorge sehen wir daher rot-grüne Festlegungen, in den nächsten Jahren fast 7.000 Lehrerstellen zu streichen, die die vielfach dramatische Situation an vielen Schulen noch verschärfen würde. Den von Rot-Grün verkündeten angeblichen Unterrichtsausfall von nur 1,8 Prozent erachten wir auch nach den vielfältigen Rückmeldungen von Schülern, Eltern und Lehrkräften als nicht glaubwürdig. Es bedarf stattdessen gerade für sozial schwierige Stadtteile oder ländliche Räume, in denen Stellen schwer besetzt werden können, zusätzlicher Anreizsysteme und Entlastungen für Lehrkräfte, um den Lehrerberuf attraktiv zu gestalten. Als FDP könnten wir uns z.B. spürbare finanzielle Anreize und mehr Gestaltungsmöglichkeiten bei der Unterrichtsverpflichtung vorstellen. Unerlässlich zur Entlastung ist auch eine bessere multiprofessionelle Unterstützung. Ganz ohne Seiteneinstieg wird sich die jetzige Situation nicht bewältigen lassen.

Antwort der Piraten:

Der LehrerInnenmangel kann nur mittelfristig vollständig behoben werden. Dies gelingt, wenn in dem Maße schrittweise mehr Stellen geschaffen werden, wie Absolventen der Lehrerausbildung eingestellt werden können. Um die Lehrerversorgung auf Dauer sicherzustellen, benötigen wir mehr Studienplätze und mehr Anreize, sich für den Beruf zu entscheiden. Das sind vor allem bessere Arbeitsbedingungen für die Lehrkräfte und eine angemessene Bezahlung. Dazu gehört aber auch die Bezahlung für das im Studium anstehende Praxissemester, die wir gefordert haben, aber von allen anderen abgelehnt wurde. Kurzfristig könnte man den Lehrkräften anbieten, freiwillig „Überstunden“ zu machen, die sie dann, wenn sich die Situation entspannt hat, abbauen können.

## **7. Wie steht Ihre Partei zum Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich?**

Antwort der CDU auf die Fragen 2 bis 7:

Die CDU ist der Auffassung, dass durch eine bessere Steuerung Spielräume innerhalb des Schuletats erwirtschaftet werden können, um Inklusion und Integration besser umsetzen zu können. Darüber hinaus ist es wünschenswert, dass weitere Spielräume im Gesamthaushalt geschaffen werden können, um in den kommenden Jahren weiter in den Bildungsbereich investieren zu können. Das trifft insbesondere auf Inklusion und Integration zu. Wir werden die Schulsozialarbeit stärken. Sie soll in Kooperation mit der kommunalen Jugendhilfe die Schulen und ihre Lehrkräfte in ihren pädagogischen Aufgaben unterstützen. Ihren Ausbau werden wir vorrangig in sozial schwachen Regionen voranbringen und dafür sorgen, dass die Schulsozialarbeit bei Bedarf für alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von ihrer Einordnung in die Strukturen der Sozialgesetzgebung, zugänglich ist.

Zustand und Ausstattung der nordrhein-westfälischen Schulen sind in einem bedenklichen Zustand. Lediglich 15 Prozent aller Schulgebäude im Land gelten derzeit als baulich vollkommen in Ordnung. Der geschätzte Sanierungsstau beläuft sich auf mehrere Milliarden Euro. Zwar handeln die Kommunen als Schulträger hier eigenverantwortlich, doch trägt die Landesregierung für die eingetretenen Zustände sehr wohl Mitverantwortung. Obwohl der Landeshaushalt seit 2010 um mehr

als ein Drittel angewachsen ist, verharrt die für den Schulbau vorgesehene Investitionspauschale des Landes auf dem mittlerweile völlig unzureichenden Niveau von 600 Millionen Euro. Wir werden in der Landesregierung unsere Verantwortung für die Schulgebäude im Land ernst nehmen und ein verlässlicher Partner für Kommunen und Schulen sein. Dazu gehört eine regelmäßige und angemessene Erhöhung der Investitionspauschale, um den Investitionsstau wirksam und nachhaltig abzubauen. Denn dauerhafter Lernerfolg ist auch vom Umfeld und der Ausstattung der Räumlichkeiten in den Schulen abhängig.

Antwort der GRÜNEN:

Das Kooperationsverbot für Schule und Hochschule gehört schnellstens abgeschafft. Es sollte vielmehr durch ein Kooperationsgebot ersetzt werden, damit der Bund bei wichtigen Aufgaben wie Ganzttag, Schulsozialarbeit, Inklusion, Schulbausanierung und digitaler Infrastruktur Verantwortung übernehmen kann.

Antwort der LINKEN:

Ziel der LINKEN ist es, die Sicherung der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen beim Bildungszugang und in Bezug auf die Qualität von Bildung in allen Bundesländern sicherzustellen. Hierzu muss das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung auch für den Bereich der allgemeinen Bildung aufgehoben und stattdessen eine umfassende Gemeinschaftsaufgabe Bildung im Artikel 91b im Grundgesetz verankert werden. Darüber hinaus soll das Kooperationsverbot in Artikel 104b Grundgesetz, d.h. die Beschränkung der Bundesförderung auf Bereiche, in denen der Bund Gesetzgebungskompetenz besitzt, aufgehoben werden, um so alleinige Finanzierungen des Bundes oder gemeinsame Finanzierungen des Bundes und der Länder in den Bereichen von Bildung, Wissenschaft und Forschung zu ermöglichen.

Antwort der SPD:

Die NRWSPD sieht die Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich als eine Möglichkeit eines deutlich stärkeren und notwendigen Engagements des Bundes, sich auch im Schulbereich finanziell zu engagieren.

Antwort der AfD auf die Fragen 2 bis 7:

Unserer Ansicht nach wird zu viel Geld für unterrichtsferne Bildungstätigkeiten ausgegeben: Beauftragung von Instituten für diverse Studien, Qualis, Durchführung von zentralen Testarbeiten wie den Lernstandserhebungen, teure Maßnahmen innerhalb der natürlich notwendigen Berufsorientierung (Potentialanalyse), Einsatz von Lehrern für unterrichtsfremde Tätigkeiten (ca. 30.000 UStd. in NRW), Inklusion, die viel Geld verschlingt. Wenn man dann noch bedenkt, dass Herr Jäger langfristige Mietverträge für die Flüchtlingsunterbringung abgeschlossen hat, die dem Steuerzahler 3,6 Mill. € monatlich kosten, dann werden sich weitere ähnlich skandalöse Geldverschwendungsmaßnahmen finden lassen.

Durch Einsparungen bei einem Wegfall oder einer Reduzierung dieser Maßnahmen und durch den Einsatz von Begleitpersonal für Assistenzarbeiten in der Schule und für die Schulsozialarbeit werden finanzielle Mittel frei, die sich für die Finanzierung von Lehrern verwenden ließen.

Begleitet werden muss dies durch einen Imagewechsel des Lehrerberufes, durch die Rücknahme der ständigen Überforderung der Lehrer durch unlösbare Aufgaben, durch Wiederherstellung einer wertschätzenden Disziplin und einem achtungsvollen Arbeitsernst in den jeweiligen Schulen.

Ein Schülerticket kann vom Staat nicht finanziert werden. Schulfahrtkosten werden sowieso schon von der Kommune übernommen.

Antwort der FDP:

Wir wollen das Kooperationsverbot im Grundgesetz aufheben und mehr Bundesmittel für die Modernisierung der Schulen zur Verfügung stellen. Denn Bildung ist eine nationale Kernaufgabe, bei der Bund und Länder besser zusammenarbeiten müssen.

Antwort der Piraten:

Das Kooperationsverbot gehört abgeschafft. Bildung ist nicht nur Ländersache, sondern eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft. Die Piratenpartei setzt sich für eine Aufhebung des Kooperationsverbotes ein. Der Bund muss öffentliche Bildungseinrichtungen finanzieren dürfen.

## **G8, G9 und IGGS**

### **8. Bleibt G8 in seiner jetzigen Form unter Ihrer Landesregierung bestehen? Wenn nein, wie würde unter Ihrer Landesregierung das System der weiterführenden Schulen in NRW aussehen?**

#### Antwort der CDU:

siehe Antwort auf Frage 14

#### Antwort der GRÜNEN:

Der Streit um längere oder kürzere Schulzeit dreht sich zu sehr um Schulstruktur. Die überstürzte Einführung von G8 unter schwarz-gelb mit der Kürzung in der Sekundarstufe I war ein massiver Fehler. Wir wollen raus aus den Strukturdebatten und individuelle Lernzeiten umsetzen, die die Schüler\*innen selbst entscheiden.

Die Schülerschaft in NRW wird bunter und vielfältiger. Wir wollen, dass die Schule jedem Kind gerecht wird und nicht umgekehrt. Deshalb wollen wir ernst machen mit dem Recht auf individuelle Förderung, wie es im Schulgesetz steht. Wir werden schulgerechtlich dafür sorgen, dass die Schüler\*innen an jedem Gymnasium die Möglichkeit haben, das Abitur nach acht oder neun Jahren abzulegen. Dabei knüpfen wir auch an die guten, innovativen Ansätze von Schulen an, die heute schon erfolgreich individuelle Lernzeiten praktizieren, wie z. B. mit reformpädagogischen Konzepten wie der Dalton-Pädagogik. Das Gymnasium in Alsdorf hat den Deutschen Schulpreis erhalten und entwickelt das Konzept stetig weiter. Zuletzt mit der Flexibilisierung der Schulanfangszeiten in der SEK II.

Auf das einzelne Kind kommt es an. Deshalb sollen auch Gesamtschulen mehr Freiheiten erhalten, Bildungswege noch individueller zu gestalten.

Die zweite Fremdsprache soll in allen weiterführenden Schulen wieder mit der Klasse 7 beginnen, um den Druck am Beginn der SEK I zu vermindern. In der Orientierungsstufe kann so die Basis gefestigt, mehr selbstbestimmtes und kooperatives Arbeiten erlernt werden.

#### Antwort der LINKEN:

Heute besuchen rund 40 Prozent aller Schüler\*innen in NRW ein Gymnasium und müssen dort das "Turbo-Abitur" in 8 statt 9 Jahren machen (G8). Verbessert wurden hierfür weder die Lernbedingungen an den Schulen noch die Lehrpläne. Wir wollen, dass die Schulzeitverkürzung zurückgenommen und zu G9 zurückgekehrt wird, allerdings im Ganztags, mit Förder- und Übungsstunden, also eine Schule ohne Hausaufgaben.

#### Antwort der SPD:

Nein. Wir werden Schülerinnen und Schüler wieder mehr Zeit zum Leben und Lernen geben. Mit der NRWSPD gibt es G9 wieder an allen Gymnasien: Die Sekundarstufe I wird wieder 6jährig. Damit erreichen wir, dass sich die Unterrichtsverdichtung und der Stress bei den jüngeren Schülern deutlich verringern. Wer die Oberstufe anschließend in drei Jahren (wie bisher) durchläuft, kommt in 9 Jahren zum Abitur. Wer nach der 10. Klasse abgeht, kann wieder einen mittleren Abschluss erwerben.

Mit der NRWSPD bleibt Verkürzung der Schulzeit auf G8 möglich, wenn von Eltern bzw. Schüler/innen gewünscht. Wer G8 machen will, wählt individuell in der Jahrgangsstufe 10 Kurse der Einführungsphase der Oberstufe dazu. Damit ist der direkte Übergang in die Qualifikationsphase des Abiturs möglich und die Oberstufe kann so auf zwei Jahre verkürzt werden.

G9 und die Verkürzung auf G8 sind so gleichberechtigt nebeneinander an allen Gymnasien möglich ist. Damit schaffen wir die Voraussetzung für ein Abitur nach eigenem Takt. Die Wahl muss erst mit dem Übergang in Klasse 10 erfolgen. Der organisatorische Aufwand für die

Umstellung in den Gymnasien ist minimal. Andere Schulformen werden überhaupt nicht berührt, da die Einführungsphase in Jahrgangsstufe 11 weiter für Schulformwechsler wie bisher zur Verfügung steht.

Antwort der AfD:

siehe Antwort auf Frage 14

Antwort der FDP:

Die Rückmeldungen der Gymnasien zur gewünschten Länge des gymnasialen Bildungsgangs unterscheiden sich ebenso wie die der Jugendlichen und Lehrkräfte deutlich. Viele Gymnasien wünschen keine erneuten Umstellungsprozesse. Gymnasien, die G8 fortsetzen wollen, müssen daher aus FDP-Sicht in Ruhe ihrer Arbeit nachgehen können. Andererseits wird G8 aber von manchen Schülern und Eltern als Belastung empfunden. Familien beklagen das Lerntempo, einen Zeitmangel für familiäre Gemeinsamkeit oder Hobbies. Diese Sorgen der Familien nehmen wir sehr ernst. Daher wollen wir die Möglichkeit eröffnen, dass Gymnasien zukünftig auch einen G9-Bildungsgang wählen können. Hier umfasst die Sekundarstufe I die Klassen 5 bis 10 und ist damit um ein Schuljahr länger als der G8-Bildungsgang. Aus vielen Schulen wurde darüber hinaus der Wunsch geäußert, parallel ein G8- und G9-Modell anbieten zu können. Daher will die FDP unter bestimmten qualitativ-organisatorischen Voraussetzungen die dritte Möglichkeit eines Y-Modells eröffnen. Diese Autonomie der Schulen folgt dem Gedanken eines liberalen Schulfreiheitsgesetzes. Gleichzeitig wollen wir an allen Gymnasien die Qualität stärken und rot-grüne Benachteiligungen wie den Abbau von rund 2.000 Lehrerstellen nach dem Doppeljahrgang beenden.

Antwort der Piraten:

Es würde wieder ein G9 an allen Gymnasien geben. Das heißt, alle gehen 10 Jahre zur Schule bis zum ersten Abschluss. Die Oberstufe kann dann flexibel gestaltet werden. Die Schülerinnen und Schüler entscheiden nach der Klasse 10 selber, ob sie zwei, drei oder auch 4 Jahre bis zum Abitur nutzen wollen. So ist Zeit für Ehrenamt, Auslandsaufenthalte, aber auch für „Sprinter“ die Möglichkeit das Abitur nach 8 Jahren abzulegen. Das soll für die Gymnasien als auch für die Gesamtschulen gelten.

### **9. Wie bewerten Sie das Konzept der Inklusiven Ganztags Gesamtschule (IGGS) und der flexiblen Oberstufe der Landeschüler\*innenvertretung NRW?**

Antwort der CDU:

siehe Antwort auf Frage 14

Antwort der GRÜNEN:

Grüne stehen schon lange für längeres gemeinsames Lernen in einer Schule für alle. Wir wollen ein inklusives Bildungssystem verwirklichen. Die IGGS bietet die pädagogische und organisatorisch beste Grundlage.

ein inklusives Bildungssystem ist allerdings nicht mit dem Umlegen eines Schalters schulgesetzlich erreichen. Nicht nur erfolgreiche das Volksbegehren „Stop Koop“ gegen die allgemeine Umwandlung der SEK in eine Kooperative Gesamtschule oder der Volksentscheid gegen die Hamburger Schulreform haben das gezeigt. Mit dem Schulkonsens 2011 ist es uns gelungen, ideologische Frontstellungen für und gegen integrierte Schulformen zu überwinden und wichtige und überfällige Strukturreformen vor Ort zu ermöglichen. Seither hat sich die Zahl der integrierten Schulen mehr als verdoppelt. Das ist ein enormer Erfolg. Gleichzeitig wurde mit dem Schulkonsens die Verankerung der Hauptschule als Pflichtschule in der Landesverfassung gestrichen und integrierte Schulformen verankert.

Eine Flexibilisierung in der Sekundarstufe, die eine optionale Schulzeitverkürzung ermöglicht, war Teil des rotgrünen Konzepts 2005. Durch Beschlüsse der Kultusministerkonferenz ist mittlerweile eine solche Flexibilisierung erschwert. Sie würde eine hohe Verdichtung in einer zweijährigen Oberstufe bedeuten und die Kurswahlmöglichkeiten erheblich einschränken sowie das Lernen und Lerninhalte noch mehr auf die zentralen Prüfungen konzentrieren.

Antwort der LINKEN:

DIE LINKE unterstützt das Konzept der LSV. Auch wir wollen eine Schule für alle bis zur 10. Klasse mit einem gebundenen Ganztagskonzept. Einer Flexibilisierung der Oberstufe stehen wir offen gegenüber.

Antwort der SPD:

Wir halten es für eine interessante Überlegung, mit der Weiterentwicklung der Gymnasien auch die Weiterentwicklung der Gesamtschulen zu verbinden. Das gilt insbesondere für die individuelle Gestaltung der Zeit in der Oberstufe. Eine Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems verbinden wir damit im Gegensatz zu Landeschülerinnenvertretung hingegen nicht. Die NRWSPD hat gemeinsam mit Grünen und CDU 2011 einen entsprechenden Schulkonsens verabschiedet, an den wir gebunden sind. Ob eine generelle Schulstrukturdebatte heute überhaupt die richtige Antwort auf die in allen Schulformen gleichermaßen zu bewältigende Herausforderung der individuellen Förderung ist, darf deshalb dahingestellt bleiben.

Antwort der AfD:

siehe Antwort auf Frage 14

Antwort der FDP:

Bedürfnisse von Kindern und Wünsche von Eltern unterscheiden sich. Daher erachtet die FDP ein vielfältiges Schulformangebot, zu dem sowohl Schulen des gegliederten Systems als auch integrierte Angebote zählen, als einen Gewinn für Familien. Wir wollen an allen Schulformen bestmögliche Förderbedingungen ermöglichen und die rot-grünen Benachteiligungen der Gymnasien und Realschulen abschaffen. Für manche Kinder mag das genannte Konzept schulformbezogen die angemessene Form der Förderung und Unterrichtung darstellen, für andere nicht. Die FDP fordert einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz, was bisher leider von Rot-Grün abgelehnt wurde. Allerdings ist es uns auch hier wichtig, für Familien Wahlmöglichkeiten zu sichern. Wir lehnen sowohl einen Zwang zu ausschließlich einer Schulform als auch einen Zwang zum Ganztags ab.

Antwort der Piraten:

Die flexible Oberstufe ist Teil unseres Bildungsprogramms. Wir setzen uns auch für das längere gemeinsame Lernen ein und unterstützen den Gedanken einer inklusiven Gesamtschule. Eine „von oben“ verordnete Inklusive Ganztags Gesamtschule sehen wir im Augenblick nicht. Die Eltern, Schülerinnen und Schüler müssen dabei mitgenommen werden und so eine Schule auch anwählen. Dies gelingt nur, wenn wir die Rahmenbedingungen an den integrativen Schulen so verbessern (kleine Lerngruppen, Unterstützung durch Sozialarbeit, Sozialpädagogik), dass Eltern und ihre Kinder zunehmend diese Schulform wählen.

**10. Fordert Ihre Partei eine nachhaltige und deutliche Senkung der maximalen Klassengröße an weiterführenden Schulen und wie sähe diese aus?**

Antwort der CDU:

siehe Antwort auf Frage 14

Antwort der GRÜNEN:

Wir haben im Schulkonsens eine Senkung der Klassenfrequenzrichtwerte (für Grundschulen auf 22,5, bei Gymnasien, Gesamt- und Realschulen auf 26) vereinbart und schrittweise umgesetzt. Den Prozess wollen wir weiterführen.

Antwort der LINKEN:

Derzeit sind bis zu 30 Kinder in einem Raum mit einer Lehrkraft keine Seltenheit. Das entspricht schon lange nicht mehr den pädagogischen Anforderungen. Daher fordert DIE LINKE eine Änderung der Schulbaurichtlinien, um mehr Platz für Gruppen-, Team- und Stillarbeit zu schaffen. Die Klassengröße soll sukzessive auf 20 gesenkt werden, was eine individuelle Förderung ermöglicht, bei inklusiven Klassen auch mit zwei Lehrkräften. Inklusive Klassen sollen in einem ersten Schritt auf 20 Schüler\*innen bei vier Kindern im Förderbedarf gemäß AO-SF-Verfahren beschränkt werden und eine zweite Lehrer\*innenstelle zur Verfügung gestellt bekommen.

Antwort der SPD:

Die SPD-geführte Landesregierung hat begonnen, die Klassen an Realschulen, Gesamtschulen und Gymnasien zu verkleinern. Bis zum Schuljahr 2017 sollen nur noch 26 Schülerinnen und Schüler in einer Klasse unterrichtet werden. Für die Klassenverkleinerung in der Sekundarstufe I werden landesweit zusätzlich 250 Lehrer eingestellt. Diese Entwicklung wollen wir über weitere zusätzliche Lehrerneueinstellungen vorantreiben und die Klassengröße schrittweise weiter senken.

Antwort der AfD:

siehe Antwort auf Frage 14

Antwort der FDP:

Ja. Im FDP-Wahlprogramm ist verankert, dass wir die Klassengrößen in allen Schulformen schrittweise reduzieren wollen. Mehr Bildungsqualität ist insbesondere durch eine bessere Schüler-Lehrer-Relation zu erreichen.

Antwort der Piraten:

Wie oben beschrieben, ist die Klassensenkung eine Bedingung für eine gute Schule. Das Ziel müssen 20 Schüler pro Klasse sein, bei inklusiven Klassen sollten nicht mehr als 5 von den SuS einen sonderpädagogischen Förderbedarf haben. Außerdem sollte es in diesen Klassen eine weitgehende Doppelbesetzung geben.

**11. Wie steht Ihre Partei zum aktuell laufenden Volksbegehren "G9 jetzt!"?**

Antwort der CDU:

siehe Antwort auf Frage 14

Antwort der GRÜNEN:

Dem laufenden Volksbegehren liegt ein Gesetzentwurf der Initiative G9-jetzt-NRW zugrunde, der eine Reduzierung von Wochenstunden auch an anderen Schulformen vorsieht. Damit würden an Gesamt-, Real-, Haupt- und Sekundarschulen wichtige Ressourcen fehlen, die Vertiefung und zur individuellen Förderung genutzt werden und überdies auch die Finanzierung des Ganztags beeinträchtigen. Für das Gymnasium liegt dem Gesetzentwurf die Vorstellung des „alten“ Halbtagsgymnasiums zugrunde. Wir lehnen das Volksbegehren ab.

Antwort der LINKEN:

Wir unterstützen das Anliegen, das Turbo-Abitur in NRW wieder abzuschaffen. Die Forderung der Begrenzung der Unterrichtszeit an allen Schulformen auf maximal 30 Stunden in der Woche lehnen wir hingegen ab. Sie steht im Widerspruch zu unserer Forderung nach der flächendeckenden Einführung eines gebundenen Ganztags. Aus diesem Grund unterstützen wir das Volksbegehren nicht.

Antwort der SPD:

Das Volksbegehren will das alte Gymnasium als Eliteschule mit G9 und verpflichtendem Halbtags zurück. Zahlen sollen es die anderen Schulformen mit Bildungsabbau. Das lehnen wir ab. Die NRWSPD steht für einen selbstbestimmten Weg zum Abitur am Gymnasium. Mit uns wird G9 wieder an jedem Gymnasium möglich – auch ohne die Rückkehr zum alten Halbtagsgymnasium.

Antwort der AfD:

siehe Antwort auf Frage 14

Antwort der FDP:

Volksbegehren sind ein legitimes Mittel der Demokratie. Allerdings hat die FDP von Beginn an unmissverständlich deutlich gemacht, dass sie Kürzungen der Stundentafeln von 188 auf 180 Stunden an anderen weiterführenden Schulformen im Zuge der G8-Debatte an Gymnasien ablehnt.

Antwort der Piraten:

Wir unterstützen das Volksbegehren, auch wenn wir nicht mit jeder Forderung übereinstimmen. So haben wir uns immer für Ganztagsangebote ausgesprochen. Wir haben die letzten Jahre im Landtag für das G9 an allen Schulen gekämpft. Alle anderen Fraktionen wollten sich auf diese

Debatte nicht einlassen und haben die Umfragen und den Elternwillen ignoriert. Erst jetzt, vor der Wahl, lenken alle anderen ein und versuchen, durch ihr Wahlprogramm, die Menschen für sich zu gewinnen. So verstehen wir Politik nicht. Wir möchten, dass der Wille der Menschen in der Politik ernst genommen wird. Wir hätten längst wieder ein G9 haben können, wenn dies ernsthaft gewollt gewesen wäre.

**12. Wie steht Ihre Partei zum verpflichtenden Ganzttag mit Freizeitangeboten für alle Schüler\*innen und wie sollte ein solcher Ganzttag Ihrer Meinung nach aussehen?**

Antwort der CDU:

siehe Antwort auf Frage 14

Antwort der GRÜNEN:

siehe Antwort auf Frage 14

Antwort der LINKEN:

DIE LINKE steht für einen Ausbau der gebundenen Ganzttagsschulen ab sofort und strebt einen flächendeckenden Ausbau ab 2020 an. Wenn Schüler\*innen von 8 bis 16 Uhr in der Schule sind, ändert sich das Lernen. Richtige Ganzttagsschulen kennen keine Hausaufgaben, denn die Zeiten für Übungen und Training liegen während der Schulanwesenheitszeit im Ganzttag. Am Ende des Schultages gilt: Alle Bücher, Hefte und Materialien bleiben in der Schule. DIE LINKE fordert, dass nach 16 Uhr und am Wochenende Schüler\*innen und Familien Freizeit haben sollten.

Antwort der SPD:

Wir haben die offene Ganztagsbetreuung zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt: Mehr als 51 Prozent der Schülerinnen und Schüler in der Primar- und Sekundarstufe I kommen in den Genuss des Angebotes. Schon hier ist regelmäßig auch die Einbindung von Freizeitangeboten nicht nur möglich sondern sogar erwünscht.

Im gebundenen Ganzttag der weiterführenden Schulen ist die Verbindlichkeit höher. Er bietet vor allem die Chance zur Rhythmisierung der Angebote und zur verbindlichen Förderung der Schülerinnen und Schüler. Entsprechend muss dabei auch auf eine bestmögliche Verzahnung von Unterricht und außerschulischen Bildungs- und Freizeitangeboten durch eine enge Kooperation auf Augenhöhe mit der Kinder- und Jugendhilfe sowie mit Hilfe der Sportvereine, Trägern der kulturellen Bildung und weiteren Vereinen, Akteuren und Institutionen aus dem Schulumfeld geachtet werden.

Jede weiterführende Schule, die Ganzttagsschule werden will, kann diesen Weg einschlagen und wird dabei von der Landesregierung mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet. Voraussetzung ist ein entsprechender Beschluss der Schulkonferenz, der den Ganztagsunterricht für alle Schülerinnen und Schüler verpflichtend macht. Eine generelle Verpflichtung der Schulen lehnt die NRWSPD jedoch ab.

Antwort der AfD:

siehe Antwort auf Frage 14

Antwort der FDP:

Wir wollen einen Rechtsanspruch auf einen Ganzttagsschulplatz für alle Schulformen einführen. Gleichzeitig wollen die Freien Demokraten dafür sorgen, dass die Qualität der Ganzttagsschulen angehoben wird, etwa durch verbindliche Qualitätsstandards für eine bessere sächliche und personelle Ausstattung. Leider wurden diese von der FDP und aus der Wissenschaft dringend geforderten Qualitätsstandards bisher von SPD und Grünen blockiert. Uns ist jedoch wichtig, dass Wahlmöglichkeiten der Eltern für einen Besuch ihrer Kinder auf Halbtagschulen erhalten bleiben. Einen Zwang zum Ganztagsbesuch, wie hier gefordert, lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir den Ganzttag bedarfsgerecht flexibilisieren, so dass den Schulen mehr Gestaltungsmöglichkeiten nach den Bedürfnissen vor Ort eröffnet werden.

Antwort der Piraten:

Wir unterstützen Ganztagsangebote, sehen sie aber nicht verpflichtend für alle Schülerinnen und Schüler. Jedes Kind und jeder Jugendliche sollte die Möglichkeit haben eine Ganzttagsschule zu

besuchen, aber es sollte auch die Freiheit geben, dies nicht zu tun. Dabei sollten die Schulen gebundene Ganztagschulen in Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe und anderen Trägern sein. Der Ganztag sollte neben dem Unterricht viele außerunterrichtliche und außerschulische Angebote beinhalten, die über den ganzen Tag verteilt und nicht nur im Anschluss an den Unterricht stattfinden.

**13. Möchte Ihre Partei, dass außerschulisches Engagement stärker anerkannt und wertgeschätzt wird? Wie kann diese stärkere Wertschätzung in Ihren Augen erreicht werden?**

Antwort der CDU:

siehe Antwort auf Frage 14

Antwort der GRÜNEN:

siehe Antwort auf Frage 14

Antwort der LINKEN:

Außerschulisches Engagement sollte deutlich stärker anerkannt werden.

Antwort der SPD:

Ja. Da, wo es sinnvoll erscheint, sollte außerschulisches Engagement auch auf Zeugnissen vermerkt werden. Interessanter wäre aber vermutlich, dass eigene Anreizsysteme (Zertifikate, Vergünstigungen) entwickelt werden. Generell ist aber zu sagen, dass Ehrenamt weiterhin um seiner selbst willen ausgeübt werden sollte und nicht, um sich damit (schulische) Vorteile zu verschaffen.

Antwort der AfD:

siehe Antwort auf Frage 14

Antwort der FDP:

Außerschulisches Engagement z.B. in Vereinen oder Initiativen ist sehr zu begrüßen. Es vermittelt jungen Menschen frühzeitig, Verantwortung zu übernehmen, ist gesellschaftspolitisch wichtig und trägt zur Charakterbildung bei. Die Wertschätzung dieses Engagements sollte daher beispielsweise durch einen verstärkten Ausweis auf Zeugnissen erfolgen.

Antwort der Piraten:

Ja, wir unterstützen soziales und politisches Engagement. Neben Zertifikaten für gemeinnützige Tätigkeiten, kann man diese auch auf Zeugnissen ausweisen.

**14. Wie kann man Schüler\*innen mehr Freiräume für soziales und politisches Engagement ermöglichen?**

Antwort der CDU auf die Fragen 8 bis 14:

Wir wollen G8 und G9 gleichberechtigt im Schulgesetz verankern und die pädagogische Freiheit der Gymnasien stärken. Sie sollen die Möglichkeit erhalten, individuell entsprechend ihrer Schülerschaft und auch mit Blick auf die örtlichen Bedingungen ihren zukünftigen Bildungsgang zu gestalten.

Gymnasien, bei denen G8 gut umgesetzt ist und wo die Eltern mit dieser Umsetzung zufrieden sind, können ihren Weg konsequent weitergehen.

Gymnasien, an denen der Wunsch nach einer Rückkehr zu G9 überwiegt, sollen die Möglichkeit dazu erhalten. Die einmalige Entscheidung für G9 soll so schnell wie möglich gefällt werden können, muss aber nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt erfolgen.

Die Neugestaltung des G9 darf sich nicht am bisherigen G8-Bildungsgang orientieren, denn das würde zu einem unechten G9 führen. Unser Konzept für die Neugestaltung eines echten G9 zielt vor allem auf eine Verbesserung der Qualität der Gymnasien.

Wir werden die Verdichtung des Unterrichtsstoffes in der Mittelstufe auflösen, indem wir die Jahreswochenstunden auf 180 reduzieren.

Die zweite Fremdsprache wird wieder erst ab der 7. Klasse unterrichtet.

Zur besonderen Förderung von starken und schwächeren Schülern werden wir zusätzliche Stundenkontingente schaffen.

Zudem werden wir die Lehrpläne und Stundentafeln für die Gymnasien mit dem Ziel überprüfen und überarbeiten, die Fachlichkeit des Unterrichts zu stärken.

Auch werden wir zur Vergabe der mittleren Reife nach der Sekundarstufe I in Klasse 10 zurückkehren.

Für Gymnasien mit G9-Bildungsgang werden wir die Möglichkeit des Überspringens einer Klasse für Schülerinnen und Schüler, die entsprechende Leistungen erbringen, erleichtern und verbessern. Wir erkennen die Notwendigkeit einer Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den Schulformen, die wir durch verbesserte Förderkonzepte für Schulwechsler auf das Gymnasium erreichen wollen.

Für uns stehen Halbtags- und Ganztagsunterricht gleichwertig und gleichberechtigt nebeneinander. Das oberste Gebot ist das Prinzip der Wahlfreiheit für Eltern und Schüler. Einen verbindlichen „Ganztag für alle“ lehnt die CDU Nordrhein-Westfalen entschieden ab. Deshalb treten wir dafür ein, dass sämtliche Schulformen als Halbtags- wie als Ganztagsvariante zur Verfügung stehen. Ganztags- und Halbtagszüge sollen, wenn die notwendigen baulichen wie personellen Voraussetzungen vorhanden sind, dabei prinzipiell auch parallel an einer Schule geführt werden können.

Bei der Ausgestaltung von Ganztagsangeboten gilt es zu berücksichtigen, dass die Möglichkeit für außerschulische Aktivitäten, wie z. B. religiöser, sportlicher, künstlerischer, musischer oder therapeutischer Art, erhalten bleibt. Gleichzeitig müssen Strukturen etabliert werden, die es den Trägern der außerschulischen Freizeitangebote erleichtern, im Rahmen des schulischen Ganztags mitzuwirken.

Wir sind sicher, dass flexible Lösungen den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler, der Eltern und den Möglichkeiten der einzelnen Schulen entgegenkommen.

Antwort der GRÜNEN auf die Fragen 12 bis 14:

Der offene Ganztag in der Grundschule und der gebundene in der Sekundarstufe I sind deutlich und bedarfsgerecht ausgebaut worden. Diesen Ausbau wollen wir weiter fördern. Außerdem wollen wir die Qualität der Ganztagsangebote verbindlicher festlegen und sichern. Je mehr Kinder am Ganztag teilnehmen, umso eher entstehen auch Ganztagszüge und Ganztagsklassen, so dass ein strukturierter offener Ganztag die Vorteile offener und gebundener Formen des Ganztags in sich vereinigt. Wir wollen es erleichtern, auch gebundene, also für alle Schüler\*innen verbindliche Ganztagsklassen, einzurichten, wenn sich die Schulkonferenz dafür ausspricht.

Ein\*e Erzieher\*in pro Gruppe: Wir werden mit etwa 500 Millionen Euro pro Jahr. Wir wollen für jede Ganztagsgruppe in der OGS eine Erzieherin oder einen Erzieher plus ergänzendes Personal finanzieren und dafür 500 Mio. Euro bereitstellen. Schulen, die komplette Ganztagszüge anbieten, sollen ein zusätzliches Bildungsbudget von 15.000 Euro erhalten.

Für Familien mit weniger als 18.000 Euro Jahreseinkommen soll der Ganztag landesweit kostenfrei werden. Mittelfristig ist es unser Ziel, auch den offenen Ganztag für alle Eltern insgesamt beitragsfrei zu gestalten.

In der Sekundarstufe I werden wir weiterhin den Ganztag bedarfsgerecht ausbauen und die finanziellen Mittel für die Mitwirkung außerschulischer Partner erhöhen. Darüber hinaus wollen wir den Schulen mehr Mittel für flexible Angebote außerhalb eines gebundenen Ganztags zur Verfügung stellen. Für flexiblere Angebote, etwa am frühen Morgen, nach 16 Uhr und in den Ferien, werden wir das Budget auf 35 Millionen Euro verdoppeln. Das Budget für Förderangebote, zusätzliche Lernzeiten und Arbeitsgemeinschaften in der Sekundarstufe I werden wir um 38 Millionen Euro erhöhen.

Wir GRÜNE wollen die neue Anerkennungskultur der außerschulischen Bildung in der Schule stärken. Davon profitieren in erster Linie die Kinder und Jugendlichen, aber auch die Schule und ihre außerschulischen Partner\*innen aus Kultur, Sport und Vereinen. Sie müssen auf Augenhöhe zusammenarbeiten, um Nachmittagsunterricht, schulische Ganztagsangebote, außerschulische Angebote und Freizeit der Schüler\*innen in Einklang zu bringen. Schulen sollen das soziale, kulturelle und ökologische ehrenamtliche Engagement junger Menschen würdigen. Dazu wollen

wir die Möglichkeiten zur Anerkennung und Freistellung für außerschulische Aktivitäten in Schulen aktiv befördern. Dadurch werden Schüler\*innen frühzeitig ermutigt und bestärkt, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen.

Schulen sollen das zivilgesellschaftliche Engagement ihrer Schüler\*innen verstärkt unterstützen und den Ansatz des „Engagement Lernens“ in geeignete Unterrichtsformate integrieren.

Antwort der LINKEN:

Projektorientierung und die Überwindung von Klassen- und Altersgrenzen sind wichtige Schritte für mehr Freiraum für soziales und politisches Engagement von Schüler\*innen.

Arbeitsgemeinschaften, die von Schülerinnen und Schülern selbst initiiert wurden, sollen gezielt gefördert werden.

Antwort der SPD:

Diese Frage betrifft zwei Komponenten: Zum einen werden wir den Schülerinnen und Schülern am Gymnasium wieder mehr Zeit zum Leben und Lernen geben. Mit der Verlängerung der Sekundarstufe I von fünf auf sechs Jahre gleichen wir die Zahl der durchschnittlichen Wochenstunden am Gymnasium der aller anderen weiterführenden Schulen an. Außerdem kann dann jedes Kind einen Abschluss nach zehnten Klasse machen. Auch G9 ist dann wieder an allen Schulen des Landes möglich. Wer bei G8 bleiben will, kann die Oberstufe individuell auf zwei Jahre verkürzen. Alle Schülerinnen und Schüler bekommen die Zeit, die sie für ihren individuellen Lernerfolg benötigen. Zum anderen stehen wir der Forderung positiv gegenüber, mittelfristig in den Schulen in NRW landesweit einen freien Nachmittag pro Woche verbindlich einzuführen. Sofern daraus ein Kinderbetreuungsbedarf für berufstätige Eltern entsteht, soll dieser durch entsprechende Angebote sichergestellt werden.

Antwort der AfD auf die Fragen 8 bis 14:

Die gymnasiale Schullaufbahn muss wieder neun Jahre umfassen, und zwar an allen Gymnasien ohne Unterschied. Verkürzung der Schullaufbahn sollte nur im Einzelfall für besonders begabte Schülerinnen und Schüler bewilligt werden, indem diese dann z.B. von der 10.1 in die 11.2 springen. Insofern unterstützt die AfD das im Augenblick laufende Volksbegehren „G9 jetzt“. Dies würde auch den Nachmittagsunterricht reduzieren und damit das außerschulische Engagement der Schülerinnen und Schüler wieder stärker ermöglichen sowie Freiräume für soziale, politische und ehrenamtliche Tätigkeiten schaffen. Eine verpflichtende Ganztagschule lehnt die AfD ab. Die Gesamtschulen sollen ebenfalls als offene Ganztagschulen in kooperativer Form geführt werden. Allerdings sollte jede Schule eine offene Ganztagsbetreuung (bis 15:30 Uhr) zur Verfügung stellen, damit Kinder berufstätiger Eltern versorgt werden können.

Antwort der FDP:

Es ist widersprüchlich, einerseits einen verbindlichen Ganztag und damit keine Wahlmöglichkeiten für die Schülerinnen und Schüler, andererseits jedoch mehr Freiräume für soziales und politisches Engagement zu fordern. Unabhängig hiervon macht es jedoch sowohl im Rahmen eines Ganztagsangebots als auch im Halbtags Sinn, bestimmte Themen in Projektarbeit einzubinden, so dass hier Engagement, Interessen und qualitativer Unterricht miteinander verzahnt werden können. Dies gilt ebenso für Praktika. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass gerade auch im Rahmen eines Ganztagsschulbesuchs die außerschulischen Freiräume nach der Unterrichtszeit nicht noch über Gebühr eingeschränkt werden.

Antwort der Piraten:

Man könnte ehrenamtliches Engagement als Nachmittagsveranstaltung im Ganztag akzeptieren und als abgeleistete Stunden werten und auch bewerten.

## **Beteiligung Jugendlicher und Stärkung von SV-Arbeit / Mitbestimmung**

### **15. Wie steht Ihre Partei zum allgemeinpoltischen Mandat von Schüler\*innenvertretungen?**

Antwort der CDU:

siehe Antwort auf Frage 17

Antwort der GRÜNEN:

Schule als ein Ort gelebter Demokratie braucht Partizipationsmöglichkeiten für Schüler\*innen. Der umfassende Bildungs- und Erziehungsauftrag, wie er in §2 des Schulgesetzes verankert ist, beinhaltet u.a. auch das Eintreten für „friedliches und diskriminierungsfreies Zusammenleben“. Daraus ergibt sich, dass auch Themen jenseits der schulorganisatorischen Fragen Gegenstand der Beratung der SV-Gremien sind. Es ist aus unserer Sicht geradezu erwünscht, dass sich Schüler\*innen und ihre Vertretungen mit solchen Fragen beschäftigen und sich engagieren. Gerade in Schulen, die Teile der Netzwerke „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ oder Schule der Vielfalt – Schule ohne Homophobie“ sind, haben Schüler\*innen wichtige Beiträge für eine umfassende Sicht auf politische Zusammenhänge beigetragen.

Antwort der LINKEN:

DIE LINKE will, dass Entscheidungsstrukturen der Schulen demokratischer gestaltet werden. Dazu gehört auch, dass Schüler\*innenvertretungen zugestanden wird, sich mit allen Belangen befassen zu dürfen.

Antwort der SPD:

Echte Demokratie und Interessenvertretung bedeutet mehr als nur Schulpolitik. Schülerinnen- und Schülervertretungsarbeit ist für uns nicht nur Interessenvertretung, sondern auch das Erlernen von Demokratieprozessen. Dazu gehört für uns auch, dass gemeinsam politische Positionen erarbeitet und diese vertreten werden. Wir befürworten deshalb ein allgemeinpolitisches Mandat.

Antwort der AfD:

siehe Antwort auf Frage 17

Antwort der FDP:

Das „Mandat“ der Schülervertretungen bezieht sich auf schulische Angelegenheiten, ein „allgemeinpolitisches Mandat“ besteht rechtlich daher nicht. Aber selbstverständlich gilt auch hier das generelle und sehr wichtige Prinzip der Meinungsfreiheit.

Antwort der Piraten:

SchülerInnenvertretungen haben für uns einen hohen Stellenwert. Die demokratische Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern muss allgemein gestärkt werden. Die Schülervertretungen dürfen nicht nur „Abnickfunktion“ oder für Schulfeste eine Bedeutung haben. Sie sollen sich zu allen Fragen betätigen, die die Schülerinnen und Schüler betreffen.

**16. Wird Ihre Partei sich für die flächendeckende Einführung von beratenden Sitzen in kommunalen Schulausschüssen für Bezirksschüler\*innenvertretungen stark machen?**

Antwort der CDU:

siehe Antwort auf Frage 17

Antwort der GRÜNEN:

Wir unterstützen, dass in kommunalen Schulausschüssen auch Vertreter\*innen von Stadtteilerräten und Bezirksschüler\*innenvertretungen eine beratende Stimme erhalten. Wegen der verfassungsmäßig garantierten kommunalen Selbstbestimmung obliegt die Entscheidung darüber den Stadträten und Kreistagen. Für eine entsprechende Regelung machen sich Grüne vor Ort immer wieder stark.

Antwort der LINKEN:

Ja, so wie die Jugendverbände in Jugendhilfeausschüssen vertreten sind, soll auch die SchülerInnenschaft über die BSVen in den Schulausschüssen vertreten sein.

Antwort der SPD:

Die NRWSPD unterstützt die Forderung, dass Bezirksschülerinnen- und -schülervertretungen beratende Sitze in kommunalen Schul- und Jugendhilfeausschüssen

erhalten. Da dies jedoch kommunale Selbstverwaltung betrifft, fällt es in den Entscheidungsbereich der jeweiligen Kommune.

Antwort der AfD:

siehe Antwort auf Frage 17

Antwort der FDP:

Die Freien Demokraten haben im Landtag die Initiative ergriffen, die Partizipationsmöglichkeiten der Vertretungen zu stärken, indem die beratende Funktion der Vertreterinnen und Vertreter der Schulen bei Bildung entsprechender Ausschüsse vor Ort insbesondere auch unter einer angemessenen Berücksichtigung der Elternvertretungen verbindlicher gefasst wird. Hierbei haben wir ebenfalls gefordert, dass eine angemessene Einbindung von Schülervertretungen sichergestellt werden sollte. Zu dieser Forderung stehen die Freien Demokraten. Allerdings ist hierbei zu beachten, dass aus Gründen der Subsidiarität die konkrete Ausgestaltung den Entscheidungsträgern vor Ort obliegen muss.

Antwort der Piraten:

Ja, auf jeden Fall. Denn die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass Kinder und Jugendliche die Möglichkeit bekommen, sich an Entscheidungsprozessen aktiv zu beteiligen. Kinder und Jugendliche sollen vor allem in ihrer eigenen Lebenswelt, wie z. B. in Kita, Schule, Jugendzentrum oder Politik, mitbestimmen können. Ihnen muss die Möglichkeit gegeben werden, sich aktiv einzubringen und an der Gestaltung ihres Alltages beteiligen zu können.

**17. Gäbe es unter Ihrer Regierung mehr finanzielle Förderung für Schüler\*innenvertretungen, Bezirksschüler\*innenvertretungen und politische Jugendarbeit? Was halten Sie von einer Förderung für SVen in Höhe von 500,- € pro Schule und Schuljahr?**

Antwort der CDU auf die Fragen 15 bis 17:

Die Aufgabe der Schülerinnen- und Schülervertretungen ist unserer Auffassung nach, sich um die Belange der Schüler und Schülerinnen zu kümmern. Hier geht es vor allem darum, in den Schulen in Zusammenarbeit mit den Lehrern, die Situationen und Gegebenheiten aus Sicht der Schüler zu verändern und zu verbessern. In der Regel wissen Betroffene besser, was sie brauchen. Erhöhungen von finanziellen Mitteln hängen von der finanziellen Situation des Landes ab. Sollte es die Haushaltslage in Nordrhein-Westfalen zulassen, ist eine Erhöhung der finanziellen Mittel für die Schülerinnen und Schülervertretungen wünschenswert.

Antwort der GRÜNEN:

Die Förderung der Jugendarbeit, auch der politischen, ist für uns sehr wichtig. Der Jugendförderplan wurde deutlich auf 109 Mio. Euro aufgestockt. Wir wollen in der nächsten Legislatur eine weitere Erhöhung um 20% erreichen.

Eine Förderung der SV kann aus dem Schuletat erfolgen und sollte besonders auch für SV-Fortbildungen und Seminare bereitstehen.

Antwort der LINKEN:

DIE LINKE will die politische Jugendarbeit, Bezirksschüler\*innenvertretungen und die SVen stärken. Dies muss sich auch im kommenden Landeshaushalt widerspiegeln.

Antwort der SPD:

Das Land NRW finanziert bereits die Arbeit der LSV sowie der Bezirksschüler\*innenvertretungen institutionell. Für Projekte der politischen Jugendarbeit und andere Projekte ist darüber hinaus eine Projektförderung möglich. Entsprechend dem Mittelabfluss in den letzten Jahren, scheint eine Aufstockung hier aktuell nicht erforderlich. Hinsichtlich einer institutionellen Förderung der einzelnen Schüler\*innenvertretungen an den Schulen sehen wir aufgrund der vielfältigen Möglichkeiten an der Schule selbst keine Notwendigkeit. Projekte können in Kooperation mit den BSV'en der LSV oder einem Träger der politischen Bildung oder der Jugendarbeit schon heute problemlos auch von einzelnen SV'en durchgeführt und so finanziert werden.

Antwort der AfD auf die Fragen 15 bis 17:

Die Mitwirkungsmöglichkeiten für die Schülerinnen und Schüler sind nach Meinung der AfD zufriedenstellend. In den einzelnen Schulen sollte aber die Verpflichtung bestehen, vor den jeweiligen Schulkonferenzbeschlüssen nicht nur die Lehrerkonferenz, sondern auch die Schulpflegschaft und den Schülerrat über die jeweiligen Sachverhalte intensiv beraten zu lassen.

Antwort der FDP:

Generell sind wir gerne bereit, die angesprochene finanzielle Unterstützung der Schülervvertretungen in Höhe von 500 Euro pro Schule und Schuljahr zu prüfen. Unabhängig hiervon wurde die finanzielle Ausstattung der Jugendarbeit im Rahmen des Kinder- und Jugendförderplans über Jahre hinweg nicht verbessert. Erst kurz vor den Landtagswahlen wurde eine Erhöhung beschlossen, wobei sich die politischen Mitbewerber mit Versprechungen gegenseitig überboten haben. Eine solche Finanzierung wie auf einem Basar ist aus unserer Sicht respektlos gegenüber der wichtigen Kinder- und Jugendarbeit. Wir Freien Demokraten haben deshalb als erste eine Dynamisierung der Mittel des Kinder- und Jugendförderplans gefordert, mit der die zur Verfügung stehenden Mittel sich jährlich automatisch erhöhen würden. Die Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen wird dann dauerhaft gut ausfinanziert und nicht mehr zu einem Stimmenköder in Wahlzeiten degradiert. Außerdem wollen wir die Beantragung von Mitteln des Kinder- und Jugendförderplans durch eine konsequente Entbürokratisierung erheblich vereinfachen. In diesem Kontext könnte auch die angesprochene finanzielle Unterstützung der Schülervvertretungen in Höhe von 500 Euro pro Schule und Schuljahr geprüft werden. Auf kommunaler Ebene wollen wir Jugendbeteiligung, beispielsweise in Form von Kinder- und Jugendräten, verpflichtend machen. Die Erfahrung zeigt, dass Jugendbeteiligung weniger am Geld scheitert. Vielmehr haben die Kommunen nicht den Willen oder das Wissen zur Umsetzung guter Jugendbeteiligung. Deshalb wollen wir vor allem die auf unsere Initiative hin gegründete Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung weiter stärken.

Antwort der Piraten:

Eine unabhängige, strukturelle Finanzierung ist für das Arbeiten der SchülerInnenvertretungen unabdingbar. Die Größenordnung sollte sich an der Größe der Schülerschaft festmachen. 500 Euro erscheinen mir für ein großes System eher zu gering.

## **Digitalisierung des Bildungssystems**

### **18. Was bedeutet für Ihre Partei die Digitalisierung der Schulen und welche Priorität sehen Sie darin?**

Antwort der CDU:

siehe Antwort auf Frage 19

Antwort der GRÜNEN:

Die Gesellschaft wird immer stärker durch Digitalisierung und Mediatisierung geprägt. Schulen müssen künftig noch besser auf ein Leben und Arbeiten in der digitalen Welt vorbereiten. Zugang zu und aktive Nutzung von digitalen Medien im schulischen Lernen ist dabei für alle Lernenden wichtig. Gerade beim Lernen im Digitalen Wandel ist der kontinuierliche Dialog von Eltern, Lehrkräften, den Lernenden selbst und der Politik besonders wichtig. Grüne Schulpolitik gestaltet diese Dialoge in Zusammenarbeit mit den kommunalen Schulträgern.

Mit dem Leitbild „Bildung 4.0 Lernen im Digitalen Wandel“ haben wir Schulen eine klare Zielperspektive gegeben. Wir haben mit dem Medienpass NRW ein bundesweit beachtetes Instrument, um Medienkompetenz integriert in den Fächern zu fördern. Wir haben die Zahl der Medienberater\*innen mehr als verdoppelt, die Schulen in ihren Entwicklungsprozessen begleiten. Auch in der Lehrerbildung haben wir Lernen in der digitalen Welt verankert. Mit dem Programm „Gute Schule 2020“ fördern wir die Herstellung der digitalen Infrastruktur durch die Schulträger (über 2 Mrd. Euro).

Wir wollen den Medienpass um den Kompetenzbereich Informatische Bildung ergänzen und ihn verbindlich gestalten. Medienberater\*innen sollen weiter qualifiziert und besser vernetzt werden,

damit das Leitbild Bildung 4.0 besser in das schulische Lernen integriert werden kann. Wir werden die Schulen mit guten digitalen Lernmitteln noch besser unterstützen. Dafür wollen wir die Erprobung digitaler Schulbücher fortsetzen und die Entwicklung und Verbreitung hochwertiger, freier Bildungsmaterialien (Open Educational Resources OER) verstärken.

Mit dem Programm Gute Schule 2020 helfen wir den Schulträgern, in den Schulen die notwendige Infrastruktur aufzubauen.

Antwort der LINKEN:

Bildung in einer durch Digitalisierung und Mediatisierung beeinflussten Welt benötigt bereits in der Schule eine umfassende Medienbildung, eine grundlegende informatische Bildung und entsprechende Rahmenbedingungen. Deshalb ist Digitalisierung und Medienbildung eigentlich aus der Schule nicht mehr wegzudenken. Allerdings sind wir aber weit davon entfernt, dass die Nutzung digitaler Medien in der Schule zum Alltag gehört. Die Lehrenden sind zu wenig darauf vorbereitet und Lehr- und Lernmittel stehen nicht zur Verfügung. Deshalb müssen für alle Schulen die entsprechende Infrastruktur, die entsprechenden Ressourcen und gute ausgebildete Fachkräfte bereitgestellt werden. Für DIE LINKE ist klar, dass Medienkompetenz für einen selbstbestimmten, kritischen und partizipativen Umgang mit Medien eine Grundvoraussetzung ist. Dabei beschränkt sich Medienbildung nicht nur auf die kritische Aneignung von Medieninhalten, technischen Funktionsweisen und die Auseinandersetzung mit den möglichen Gefahren, sondern soll auch zur eigenverantwortlichen Mediengestaltung befähigen. Deshalb muss die Digitalisierung von Schule flächendeckend vorangetrieben werden.

Antwort der SPD:

Für die NRWSPD gilt: In allen Bildungsbereichen müssen Voraussetzungen für das Lehren und Lernen mit digitalen Medien optimiert oder geschaffen werden. Auf Grundlage unseres Leitbildes Lernen im Digitalen Wandel werden wir die Ausstattung der Schulen verbessern und die Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer konsequent ausbauen und für einen ausreichenden Datenschutz sorgen. Unser Ziel: Zum Schuljahr 2021/2022 haben alle Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler jederzeit an jedem schulischen Ort einen pädagogischen Zugang zum Internet. Hier ist auch die Bundesregierung gefordert, die ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung nachkommen muss.

Antwort der AfD:

siehe Antwort auf Frage 19

Antwort der FDP:

Deutschland im internationalen Vergleich und Nordrhein-Westfalen auf nationaler Ebene drohen bei den Chancen der Digitalisierung im Bildungsbereich den Anschluss an diese Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts zu verlieren. Bereits jetzt sprechen Wissenschaftler bei rund einem Drittel der Schülerinnen und Schüler von digitalen Analphabeten. Hier werden nicht nur junge Menschen abgehängt, sondern es werden auch Aufstiegschancen verhindert. Deutschland muss heraus aus der digitalen Tristesse und der Kreidezeit an den Schulen. Daher hat dieses Thema für die FDP hohe Priorität. Es muss sichergestellt werden, dass jede Schule über eine schnelle Internetverbindung, ein leistungsfähiges W-LAN-Netz sowie über interaktive Smartboards, Laptops und Tablets verfügt, die im schulischen Alltag eingesetzt werden. Digitales Lehren und digitales Lernen müssen feste Bestandteile aller Schulen und aller Schulfächer sowie der Lehreraus- und -fortbildung werden. Alle Schulen sollen ein digitales Medienkonzept in den Schulalltag integrieren. Auch der Fachunterricht in Informatik muss ausgeweitet werden. Zur Ausstattung der naturwissenschaftlich-technischen Fachräume (MINT) und der IT-Infrastruktur an den Schulen sollen Bund und Länder ein gemeinsames Sonderprogramm auflegen. Auch wollen die Freien Demokraten eine Fortbildungsoffensive des Landes umsetzen, um die Lehrkräfte bestmöglich zu unterstützen.

Antwort der Piraten:

Die Digitalisierung ist für uns ein sehr wichtiger Baustein für eine gute Schule der Zukunft. Digitale Kompetenzen und informatische Grundkenntnisse werden in Zukunft über die Möglichkeit gesellschaftlicher Teilhabe entscheiden, sowie es heute lesen, schreiben und rechnen tun.

Wir fordern daher eine digitale Bildungsoffensive. Dazu gehören der Breitbandanschluss an allen Schulen und digitale Endgeräte für alle SchülerInnen. Dazu gehören aber auch die Überarbeitung der Lehrpläne und eine Fortbildungsoffensive für die LehrerInnen.

Neben der Vermittlung von Medienkompetenz soll es an allen weiterführenden Schulformen das Fach Informatik geben, damit alle Jugendlichen informatische Grundkenntnisse erwerben können. Außerdem soll es keine Handyverbote an Schulen geben. Die Schulen sollen gemeinsam mit den SchülerInnen Konzepte einer angemessenen Handynutzung entwickeln und umsetzen.

### **19. Wie stehen Sie zum "Bring Your Own Device"-Konzept?**

#### Antwort der CDU auf die Fragen 18 und 19:

Wie in vielen anderen Politikfeldern hinkt Nordrhein-Westfalen auch bei der digitalen Bildung hinterher. Wir Christdemokraten wollen, dass digitale Technologien in sämtlichen Lebensbereichen und auf allen Bildungswegen nicht nur instrumentell verstanden werden. Wir werden deshalb die neuen Verbindungsmöglichkeiten sowohl im Rahmen der Forschung also auch bei der Integration in die bereits existierenden Lehrangebote vorantreiben.

Wir unterstützen den von der Bundesregierung vorgeschlagenen DigitalPakt#D, der vorsieht, dass alle Schulen in Deutschland mit digitaler Ausstattung versorgt werden und werden die für NRW vorgesehenen Mittel zu 100 Prozent an die Schulträger weiterleiten. Unser Ziel ist, dass Schulabgänger über eine tiefgreifend technologische Beurteilungskompetenz verfügen.

Wir werden bei der Mittelausstattung der Schulen neue Wege gehen, um allen Schülern möglichst gleiche Lernbedingungen zu ermöglichen. Dabei werden Bring-Your-Own-Device-Konzepte ebenso eine Rolle spielen wie Sponsoring und eine Neukonzeptionierung der Schulpauschalen.

#### Antwort der GRÜNEN:

„Bring your own device“ (byod) ist ein guter und mit Erfolg schon praktizierter Weg, um digitales Lernen vielfältig zu ermöglichen und kritische Medienkompetenz zu stärken. Auch wenn nach jüngsten Studien gut 90% der Jugendlichen ein Smartphone besitzen, braucht es in der Schule die Möglichkeit Geräte zur Verfügung zu stellen, um diskriminierungsfrei digitaler Spaltung entgegenwirken zu können. Lehrmittelbeiträge sollen auch für digitale Endgeräte eingesetzt werden können.

#### Antwort der LINKEN:

Für DIE LINKE steht fest, dass kein\*e Schüler\*in von digitaler Bildung ausgeschlossen werden darf. Es dürfen sich durch die Digitalisierung keine weiteren sozialen Disparitäten entwickeln oder bestehende zementieren. Zurzeit befindet sich DIE LINKE aber noch im Diskussionsprozess in Bezug auf das "bring your own device"-Konzept.

#### Antwort der SPD:

Grundsätzlich stehen wir dem Konzept offen gegenüber. Allerdings birgt es die Gefahr, dass es zu Benachteiligung von Schülerinnen und Schülern kommt, die sich keine (hochwertigen) Smartphones, Notebooks, Tablets leisten können. Daher gilt es ein Konzept zur Nutzung von digitalen Lern- und Lehrmitteln so zu erstellen, das eine Benachteiligung von Schülerinnen und Schülern sowie von Schulen ausschließt.

#### Antwort der AfD auf die Fragen 18 und 19:

Mit der Digitalisierung hält ein neues System von Informationsverarbeitung und –weiterleitung Einzug in die Schulen. Dies muss intensiv genutzt werden. Vor allem die Anschaulichkeit bestimmter Phänomene aus dem naturwissenschaftlichen und gesellschaftswissenschaftlichen Bereich und die Umsetzung von Denkvorgängen in Graphik oder Text erfahren dadurch einen ungeheuren Auftrieb. Allerdings wird damit nicht das Denken ersetzt oder überflüssig. Die Handschrift darf auf keinen Fall ersetzt werden, Literatur und Text muss nach wie vor in Papierform vorliegen, wenn eine intensive

inhaltliche Auseinandersetzung erfolgen soll. Ansonsten verödet das Denken. Tablet-Klassen lehnt die AfD ab, weil sie sich nicht bewährt haben, wo sie eingeführt worden sind.

Antwort der FDP:

Da laut Untersuchungen die übergroße Mehrzahl der Schülerinnen und Schüler über eine vielfältige digitale Ausstattung verfügt, ist es sinnvoll, diese bestmöglich in den schulischen Alltag einzubinden. Allerdings muss sichergestellt sein, dass für alle Schülerinnen und Schüler ein Zugriff etwa auf Tablets etc. möglich ist, damit Kinder z.B. aus Familien, die sich eine entsprechende technische Ausstattung nicht leisten können, nicht abgehängt werden. Daher müssen zwingend alle Schulen über eine entsprechende moderne technische Grundausstattung verfügen, damit alle Schülerinnen und Schüler partizipieren können.

Antwort der Piraten:

Handys und andere private Endgeräte können sinnvoll in den Unterricht integriert werden. Auf Dauer sollten Endgeräte, wie Tablets oder Laptops, aber einheitlich in der Klasse sein und nur für schulische Zwecke genutzt werden. Das macht den Umgang mit Software einfacher, verhindert soziale Ungerechtigkeiten. Es würden außerdem einige Probleme des Datenschutzes behoben werden, wenn keine Geräte genutzt werden, auf denen auch private Daten gespeichert sind.

### **Bildungsgerechtigkeit / Durchlässigkeit des Bildungssystems**

#### **20. Sind Bildungsgerechtigkeit und eine zukunftsfähige Schule für Ihre Partei mit dem dreigliedrigen Schulsystem vereinbar? Warum (nicht)?**

Antwort der CDU:

siehe Antwort auf Frage 29

Antwort der GRÜNEN:

Das dreigliedrige Schulsystem bildet grundsätzlich ein Bildungsdenken ab, das im 19. Jahrhundert wurzelt. Eine frühzeitige Sortierung von Schüler\*innen nach vermeintlichen Begabungen auf besondere Schulformen ist mit dem Anspruch eines inklusiven Schulsystems schwer vereinbar. Grüne haben sich immer wieder für ein längeres gemeinsames Lernen und integrierte Schulen eingesetzt, weil sie mehr Bildungsgerechtigkeit erreichen. So haben rund 70% der Schüler\*innen, die an einer Gesamtschule das Abitur bestehen, keine Gymnasialempfehlung nach der vierten Klasse gehabt. Nach dem Schulkonsens konnte das längere gemeinsame Lernen enorm ausgebaut werden (s.o.).

Antwort der LINKEN:

Nein, denn alle Studien zeigen, dass das mehrgliedrige NRW-Schulsystem im internationalen Vergleich wenig Chancengleichheit bietet sowie sozial und ethnisch stark selektiv ist. In erschreckend hohem Maße sind in NRW insbesondere Kinder aus armen Familien und Kinder aus Migrantenfamilien betroffen.

Antwort der SPD:

Das Leitziel unserer Politik bleibt ein Bildungssystem, in dem jedes Kind nach seinen Fähigkeiten die beste Förderung erhält. Entscheidend dafür sind keine Diskurse über die Gliederigkeit unseres Schulsystems, sondern wie wir es schaffen, die beste Bildung in jeder Schule für alle Kinder zu gewährleisten, denn die Organisation hat dem Konzept zu folgen. Dazu gehört für uns, das längere gemeinsame Lernen auszuweiten und Haupt- und Realschulen und Gymnasien die Umwandlung in Schulen des gemeinsamen Lernens zu vereinfachen, dass ein Gymnasium alle Abschlüsse vergeben kann, um ein diskriminierendes ‚Abschulen‘ von Kindern zu verhindern, und dass jede weiterführende Schule die Verantwortung für die Kinder bis zum Abschluss übernimmt, die sie aufgenommen hat.

Antwort der AfD:

siehe Antwort auf Frage 29

Antwort der FDP:

Kinder sind unterschiedlich, ebenso unterscheiden sich die Wünsche der Eltern. Die Freien Demokraten wollen keinen Zwang zu einer Einheitsschule, sondern für Familien Wahlmöglichkeiten sichern. Gegenwärtig wählen zwei Drittel der Eltern Schulformen des gegliederten Angebots für ihre Kinder. Diese Wünsche gilt es zu berücksichtigen. Gegen die Wünsche der übergroßen Mehrheit der Eltern zu handeln, lehnen wir daher ab. Im Übrigen zeigen z.B. die Lernstandserhebungen, dass der Glaube, durch integrierte Schulformen würden leistungsschwächere Kinder automatisch besser gefördert, offenkundig nicht zutrifft. Hier deutet sich in der Tendenz an, dass etwa die leistungsschwächsten Kinder durch die jetzige Politik sogar noch schwächer geworden sind.

Antwort der Piraten:

Wir unterstützen längeres gemeinsames Lernen, sehen aber auch den Willen der Menschen in diesem Land als Auftrag. Wir wollen daher die Rahmenbedingungen für alle Schulen verbessern, die integrativen Schulen wollen wir so attraktiv machen, dass sie von der breiten Mehrheit der Bevölkerung als erste Wahl angenommen werden. Das dreigliedrige Schulsystem widerspricht in unseren Augen vor allem dem Anspruch auf Inklusion. Die Schule der Zukunft und der Bildungsgerechtigkeit ist eine Schule für alle Kinder und Jugendlichen, in der jeder nach seinen Bedürfnissen individuell gefördert wird. Davon sind wir noch sehr weit entfernt.

**21. Wie kann es gelingen, dass die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen nicht mehr von der sozialen Herkunft der Eltern abhängen?**

Antwort der CDU:

siehe Antwort auf Frage 29

Antwort der GRÜNEN:

Mit einem Sozialindex wollen wir besonders die Schulen und Kinder aus schwierigen sozialen Lagen unterstützen. Dazu gehört auch die Verstärkung von multiprofessionellen Teams u.a. mit Sozialarbeiter\*innen, Sozialpädagog\*innen, Schulpsycholog\*innen.

Der Ganzttag bietet eine weitgehende Integration von Hausaufgaben in die Schule durch Vertiefungs- und Übungseinheiten. Das kommt vor allem denen zu Gute, deren Eltern nicht bei den Hausaufgaben helfen können.

Wir nehmen auch die Bildungsgerechtigkeit für Kinder mit Migrationshintergrund in den Blick. Dafür braucht es mehr interkulturelle Kompetenzen der Lehrkräfte, z.B. durch Fortbildung, eine Elternqualifizierung, wie sie in einem Modellprojekt mit FESCH (Forum Eltern und Schule) in NRW erfolgt und eine andere Wertschätzung der Mehrsprachigkeit von Schüler\*innen. Unser Ziel ist eine sprachensible Unterrichts- und Schulentwicklung, die die Schüler\*innen mit ihren jeweiligen sprachlichen Ressourcen und ihrem täglichen Erleben in den Vordergrund stellt und alle Sprachen der Kinder und Jugendlichen gleichermaßen wertschätzt.

Antwort der LINKEN:

Wir wollen das Schulsystem weiterentwickeln zu einer gemeinsamen Schule für alle Kinder von der ersten bis zur zehnten Klasse in Ganztagsform. Diese Schule bezieht alle Schulformen, auch Förderschulen und Gymnasien, ein. Die gemeinsame Schule orientiert sich an den individuellen Lernbedürfnissen einzelner Schülerinnen und Schüler. Sie ist inklusiv und sozial ausgleichend. Diese Schule ist jahrgangsübergreifend, fördernd und kennt keine Ziffernoten. Sie fördert das soziale Miteinander und den Spaß am Lernen.

Antwort der SPD:

Die NRWSPD steht für gleiche Bildungschancen. Sie sind eine wesentliche Dimension von sozialer Gerechtigkeit. Über den Bildungserfolg darf nicht die Herkunft oder der Geldbeutel der Eltern entscheiden, sondern das Talent und die eigenen Fähigkeiten und Neigungen. Bildung ist die Grundlage für soziale Teilhabe und sozialen Aufstieg. Und deshalb beginnt beste Bildung im frühen Alter und sorgt im Lebenslauf dafür, dass alle Menschen, immer dann, wenn es notwendig ist, eine weitere Chance erhalten. Wir haben ein umfassendes Bildungsverständnis und wollen alle Bildungsinstitutionen von der Kita bis zur Weiterbildung weiter stärken.

Dazu gehört für uns der gebührenfreie Zugang zu Bildung von der Kita bis zur Hochschule. Studiengebühren gehören mit der NRWSPD weiterhin der Geschichte an. Die frühkindliche Bildung werden wir über das letzte Kita-Jahr hinaus für alle Kinder in den 30 Wochenstunden umfassenden Kernzeiten von Gebühren befreien.

Über einen Sozialindex wollen wir künftig die Zuweisung von Personalressourcen an Schulen, wie bereits in der frühkindlichen Bildung erfolgreich praktiziert, ebenfalls daran orientieren, wo besonders viele Kinder und Jugendliche mit Förderbedarfen oder in besonderen Lebenslagen unterrichtet werden.

Zudem werden wir mehr längeres gemeinsames Lernen ermöglichen, um sowohl die zu frühe Selektion in ein gegliedertes Schulsystem und der damit einhergehenden Vorbestimmung von Bildungs- und Aufstiegschancen ebenso zu vermeiden wie das diskriminierende ‚Abschulen‘ von Kindern zu verhindern. Schließlich bleibt noch zu erwähnen, dass Bildungschancen auch vom Zugang zu non-formaler und informeller Bildung abhängen. Hier spielen Familien und Peers eine häufig unterschätzte Rolle, aber auch die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sollten bei der Debatte – die allzu häufig auf einen Schuldiskurs reduziert wird – nicht aus dem Blick verloren werden.

Antwort der AfD:

siehe Antwort auf Frage 29

Antwort der FDP:

Die individuelle Förderung jedes Schülers und jeder Schülerin muss von den Schulen umgesetzt werden können. Zur Sicherung einer besseren individuellen Förderung brauchen wir daher zunächst eine Unterrichtsgarantie. Die FDP will den Schulen in einem ersten Schritt eine mindestens 105-prozentige, mittelfristig eine 108-prozentige Lehrerversorgung zur Verfügung stellen. Leistungsstandards müssen dringend gesichert werden. Alle Schulen sollen Zugriff auf unterstützende Schulsozialarbeit erhalten. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz einführen und fordern Qualitätsstandards für Ganztag und Inklusion.

Antwort der Piraten:

Die Rahmenbedingungen müssen sich verbessern, siehe Finanzen. Daneben brauchen wir endlich einen Sozialindex, der garantiert, dass die Schulen, die sich besonderen sozialen, integrativen und inklusiven Herausforderungen stellen, auch dementsprechend mit multiprofessionellem Personal ausgestattet werden.

## **22. Möchte Ihre Partei an den aktuell bestehenden Ziffernoten zur Bewertung von schulischen Leistungen festhalten? Was wäre ihr mögliches Alternativkonzept?**

Antwort der CDU:

siehe Antwort auf Frage 29

Antwort der GRÜNEN:

Die klassischen Ziffernoten geben zu wenig differenzierte Rückmeldung über die individuelle Leistungsentwicklung. Deshalb wollen wir weiterhin an neuen Formen der Leistungsbewertung und einer qualifizierten Feedback-Kultur arbeiten, die Schüler\*innen und die Eltern einbezieht und auch alternative Formen wie individuelle Lernvereinbarungen und Lerntagebücher umfasst.

Antwort der LINKEN:

Ebenso wie die Schulforschung und die Bildungswissenschaft wollen auch wir das unzureichende System der Ziffernoten überwinden. An dessen Stelle sollen individuelle Beurteilungen treten, die Fähigkeiten beschreiben und Lernfortschritte berücksichtigen. Ziffernoten soll es nur noch für die Abschlusszeugnisse geben, solange diese notwendig für den weiteren Werdegang in Ausbildung oder Studium sind.

Antwort der SPD:

Ziffernoten durch verbale Leistungsbeschreibungen gänzlich zu ersetzen, sehen wir kritisch. Ziffernoten stellen einen tradierten Code dar, der von Eltern und Schülerinnen und Schülern gleichermaßen „verstanden“ wird. Über ihre Objektivität und Aussagekraft wird zu Recht nicht

nur in der pädagogischen Wissenschaft kontrovers diskutiert. Deswegen halten wir es für überlegenswert, den Schulkonferenzen die Handlungsoption einzuräumen, Leistungsbeschreibungen zusätzlich zu den Ziffernoten einzuführen.

Antwort der AfD:

siehe Antwort auf Frage 29

Antwort der FDP:

Ja. Selbstverständlich ist kein Rückmeldesystem über mögliche Fehler erhaben. Alleinige Leistungsbeschreibungen, die bisweilen standardisiert verfasst, verklausuliert ausformuliert und damit für Kinder und Eltern schwer verständlich gestaltet sind, erachten wir jedoch als nicht angemessen. Zudem ist bekannt, dass Kinder und Jugendliche ebenso wie Eltern Rückmeldungen in Notenform wünschen und oftmals versuchen, reine Leistungsbeschreibungen in Noten zu übersetzen. Neben den Ziffernoten ergänzende Beschreibungen vorzunehmen, halten wir jedoch für sinnvoll und wünschenswert.

Antwort der Piraten:

Wir glauben, dass individuelle Fortschrittsberichte eine größere Aussagekraft haben, als Ziffernoten, gerade in Schulen des gemeinsamen Lernens.

**23. Ist es sinnvoll, Schüler\*innen nach nur vier Jahren des gemeinsamen Lernens in Grundschulen auf verschiedene Schulformen zu differenzieren? Würden Sie daran etwas verändern wollen und wenn ja, was?**

Antwort der CDU:

siehe Antwort auf Frage 29

Antwort der GRÜNEN:

Wie oben beschrieben, ist die Sortierung nach der vierten Klasse aus unserer Sicht mehr als problematisch. Deshalb haben wir auch die Verbindlichkeit Grundschulempfehlungen abgeschafft. Rund 1000 Grundschulleitungen haben 2010 eine Protestresolution unterzeichnet und dargelegt, dass es aus ihrer Sicht gar nicht verlässlich möglich ist, bei 9-10- Jährigen eine Empfehlung über die Schullaufbahn abzugeben. Wir haben auch deshalb das Modellprojekt PRIMUS initiiert, das ist eine Schule von Klasse 1 bis 10.

Antwort der LINKEN:

Nein, wir halten eine Differenzierung nach der Grundschule auf verschiedene Schulformen für falsch und wollen das Schulsystem weiterentwickeln zu einer gemeinsamen Schule für alle Kinder von der ersten bis zur zehnten Klasse in Ganztagsform.

Antwort der SPD:

Das Leitziel unserer Politik bleibt ein Bildungssystem, in dem jedes Kind nach seinen Fähigkeiten die beste Förderung erhält. Entscheidend dafür sind keine Diskurse über die Gliederigkeit unseres Schulsystems, sondern wie wir es schaffen, die beste Bildung in jeder Schule für alle Kinder zu gewährleisten. Dazu gehört für uns, das längere gemeinsame Lernen auszuweiten und Haupt- und Realschulen und Gymnasien die Umwandlung in Schulen des gemeinsamen Lernens zu vereinfachen, dass ein Gymnasium alle Abschlüsse vergeben kann, um ein diskriminierendes ‚Abschulen‘ von Kindern zu verhindern, und dass jede weiterführende Schule die Verantwortung für die Kinder bis zum Abschluss übernimmt, die sie aufgenommen hat.

Antwort der AfD:

siehe Antwort auf Frage 29

Antwort der FDP:

Gerade am Ende der Grundschulzeit beginnen sich die individuellen Leistungsniveaus verstärkt auszudifferenzieren. Für die einen Kinder kann ein schulformbezogenes Konzept richtig sein, für andere jedoch völlig ungeeignet etwa aufgrund der Größe einer Schule oder auch, weil das Lerntempo zu langsam oder zu schnell ist. Ebenso unterscheiden sich die Wünsche von Eltern. Daher erachtet die FDP ein vielfältiges Schulformangebot, zu dem Schulen des gegliederten Systems und integrierte Angebote zählen, als sinnvoll.

Antwort der Piraten:

Die vierjährige Grundschule hat sich historisch entwickelt. Aber gute Gründe für die vierjährige Grundschulzeit gibt es eigentlich nicht. Schulen in denen alle Schülerinnen und Schüler länger zusammen lernen, wie die PRIMUS-Schulen, bieten einige Vorteile. Hier gibt es z.B. mehr Möglichkeiten für Projekte und AGs, in denen Kinder und Jugendlichen etwas zusammen machen. Die Piratenfraktion hat sich deshalb dafür ausgesprochen, den Schulversuch PRIMUS durchzuführen. Aufgrund der Erfahrungen, die hier gewonnen werden, ist dann zu schauen, ob man mehr Schulen mit einer längeren gemeinsamen Schulzeit einrichten kann.

**24. Wie kann die immer noch viel zu hohe Zahl an Schulabbrecher\*innen in NRW weiterhin konsequent und nachhaltig gesenkt werden?**

Antwort der CDU:

siehe Antwort auf Frage 29

Antwort der GRÜNEN:

Wir setzen auf Prävention z.B. durch das Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“, mit dem wir frühzeitig einsetzen. Außerdem müssen Lehrkräfte stärker für das Thema Schulmüdigkeit, die oft in Schulabbruch mündet, sensibilisiert werden. Schließlich haben wir das Angebot der Berufskollegs reformiert gerade im Hinblick auf Jugendliche, die in der Regelschule gescheitert sind oder zu scheitern drohen. Außerdem setzen wir uns für die Regelförderung von nachholenden Schulabschlüssen an Volkshochschulen ein und haben die Weiterbildungskollegs gestärkt.

Antwort der LINKEN:

DIE LINKE will, dass alle Schüler\*innen in einer Schule für Alle (Gemeinschaftsschule) individuell gefördert werden. Dazu braucht es Konzepte, die die ganze Persönlichkeits- und Leistungsentwicklung eines jeden Schülers/Schülerin in den Blick nehmen. Dies kann aus unserer Sicht einen erheblichen Beitrag zur Senkung der Schulabbrecher\*innen leisten.

Antwort der SPD:

Ein Erfolg der rot-grünen Regierungsjahre ist, dass die Zahl derjenigen, die ohne Abschluss die Schule verlassen, stetig sinkt. Diesen Trend wollen wir stärken. Um die Potenziale aller Schülerinnen und Schüler zu fördern, müssen sowohl diejenigen, die es aufgrund ihrer Herkunft schwer haben, als auch die besonders begabten Schülerinnen und Schüler, gesondert in den Blick genommen werden. Die Förderstunden im System wollen wir deshalb ausbauen. Wir haben das erfolgreiche Landesprogramm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ entwickelt, werden es fortsetzen und für Jugendliche und junge Erwachsene ohne Schulabschluss das Recht auf eine zweite Chance auch über das 18. Lebensjahr hinaus sicherstellen. Die Verantwortung der öffentlichen Jugendhilfe für gelingende Bildungsbiografien wollen wir stärken und insbesondere den Weg über außerschulische Lernorte für Jugendliche, die die Schule nicht mehr besuchen oder lange nicht mehr besucht haben, zur Erfüllung der Schulpflicht und zur Vorbereitung auf einen Schulabschluss nutzen.

Antwort der AfD:

siehe Antwort auf Frage 29

Antwort der FDP:

In Nordrhein-Westfalen brechen alljährlich tausende junger Menschen die Schulen ohne Abschluss ab. Für eine selbstbestimmte und eigenverantwortliche Lebensgestaltung dieser jungen Menschen stellt dies ein schwerwiegendes Problem dar. Letztlich muss dieser Problematik durch eine bestmögliche individuelle Unterstützung entgegengewirkt werden. Dies erfordert Zeitressourcen für die Schulen etwa für Gespräche, auch ggf. mit den Eltern, aber auch unterstützende Schulsozialarbeit, die frühzeitig bei Schulabsentismus interveniert. Es geht insbesondere darum, frühzeitig bei persönlichen oder familiären Problemlagen unterstützend eingreifen zu können. Nicht geholfen ist jungen Menschen jedoch mit staatlich verordneten „Abschlussgarantien“ und Anspruchsnivellierungen, weil so Zeugnisse und Abschlüsse

schlimmstenfalls nur Fähigkeiten und Fertigkeiten vorgaukeln, die nicht vorhanden sind. Dies hat zur Folge, dass der Wert von Abschlüssen für alle schleichend entwertet wird.

Antwort der Piraten:

Um Schülerinnen und Schülern aus sozial benachteiligten Familien zu einem besseren Bildungserfolg zu verhelfen und die Quote an Schulabbrechern zu senken, sind aus Sicht der PIRATEN NRW eine Reihe von Maßnahmen notwendig. Es deutet vieles darauf hin, dass sogenannte „Risikoschüler“ am meisten geholfen werden kann, wenn sie durch ihre Lehrerinnen und Lehrer mehr persönliche Zuwendung erfahren. Oftmals fehlen ihnen Vertrauen in ihre Fähigkeiten und Vorbilder, die ihnen zeigen, dass sich die Anstrengungen für die Bildung lohnen. Deshalb setzen wir uns für kleiner Klassen und Lerngruppen ein. Außerdem sollen mehr Sozialarbeiter, Sozialpädagogen und Schulpsychologen die Kinder und Jugendlichen helfen und die Lehrerinnen und Lehrer unterstützen und beraten.

## **25. Wird Ihre Partei die Studiengebühren in NRW wieder einführen?**

Antwort der CDU:

siehe Antwort auf Frage 29

Antwort der GRÜNEN:

Studiengebühren haben wir abgeschafft und es wird mit uns auch keine Wiedereinführung geben. Die deutliche Zunahme der Studierendenzahlen in NRW zeigt, dass Studiengebühren ein Hinderungsgrund ist. Sie führen dazu, dass Jugendliche aus Haushalten mit niedrigerem Einkommen seltener studieren.

Antwort der LINKEN:

Nein.

Antwort der SPD:

Nein, wir lehnen weiterhin jegliche Form von Studiengebühren für die Hochschulen in NRW ab.

Antwort der AfD:

siehe Antwort auf Frage 29

Antwort der FDP:

Wir wollen die Studienbedingungen an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen verbessern, indem wir den Studierenden individuelle und flexible Lernzeiten ermöglichen, für moderne und beste Ausstattung sorgen und die Studierenden in ihrer Berufsorientierung unterstützen. Ein Hochschulstudium in Nordrhein-Westfalen soll selbstbestimmter, stressfreier, lehrreicher, spannender, attraktiver und erfolgsversprechender werden. Durch die Anhebung des Ausbildungsniveaus werden zusätzliche Fähigkeiten vermittelt und die Karrierechancen noch weiter gesteigert.

An der Finanzierung bester Studienbedingungen sollten sich auch die Studierenden beteiligen, die Studienbeitragseinnahmen sollen jedoch ausschließlich zur Verbesserung der Studienbedingungen vor Ort eingesetzt werden. Nur den Hochschulen soll deshalb die Möglichkeit eröffnet werden, Studienbeiträge zu erheben. Die Hochschulen sollen dabei eigenständig darüber entscheiden können, ob sie mit Studierenden so genannte Studienverträge abschließen. Darin sichern die Hochschulen den Studierenden bessere Studienbedingungen verbindlich zu. Die Studierenden sind zudem an der konkreten Verwendung der Gelder zu beteiligen. Auch die Höhe der Studienbeiträge sollen die Hochschulen bestimmen, allerdings darf ein Betrag von 500 Euro je Semester nicht überschritten werden. Sofern die Hochschulen sich für Studienbeiträge entscheiden, dürfen sie bei der Bezahlung der Studienbeiträge den Studierenden mehrere Optionen anbieten, müssen jedoch die Möglichkeit für nachgelagerte Studienbeiträge zwingend eröffnen. Dabei ist auch eine prozentual auf das Einkommen in den ersten Berufsjahren bezogene Ausgestaltung denkbar. Hierbei verpflichten sich die Studierenden gegenüber den Hochschulen, bei Berufstätigkeit einen geringen Prozentsatz ihres Einkommens den Hochschulen zu überweisen. Wer nach dem Studium kein Einkommen erzielt, wird entsprechend auch nicht zu Zahlungen herangezogen. Niemand wird dann mit der Situation konfrontiert sein, nach dem

Studium Studienbeiträge zurückzahlen zu müssen, ohne dass die eigene finanzielle Lage dies ermöglicht.

Antwort der Piraten:

Nein, wir sind generell gegen Gebühren, Bildung muss für jedes Alter kostenlos sein.

## **26. Wie bewertet Ihre Partei die aktuelle Situation bei der Beschulung von Geflüchteten?**

Antwort der CDU:

siehe Antwort auf Frage 29

Antwort der GRÜNEN:

siehe Antwort auf Frage 27

Antwort der LINKEN:

Derzeit werden geflüchtete Kinder in NRW erst beschult, wenn sie einer Kommune endgültig zugewiesen wurden und dort ihren Wohnsitz haben. Diese Praxis widerspricht der von Deutschland unterschriebenen UN-Erklärung über die Menschenrechte der Kinder und ist damit rechtswidrig. Auch eine Integration in Regelklassen gemäß dem erreichten Wissensstand ist oft nur eingeschränkt möglich, da die geflüchteten Kinder dann viel älter als ihre Mitschüler\*innen sind. Für diese Gruppen müssen andere, altersadäquate Lernangebote gefunden werden, die ihrem Lernstand, aber vor allem ihrem Reifeprozess und ihren Fähigkeiten entsprechend gestaltet werden. Wir wollen daher, dass geflüchtete Kinder und Jugendliche von Anfang an beschult werden. Hierzu benötigen die Schulen aber qualifiziertes Zusatzpersonal. Dazu sollen im Zweifel spezielle Klassen für geflüchtete Jugendliche gemäß ihrem Lernstand eingerichtet werden. Ziel ist es aber, diese Kinder schnellstmöglich in die Regelklassen zu integrieren.

Antwort der SPD:

Die Integration durch Bildung ist ein zentraler Baustein für die gesellschaftliche Integration. Der gemeinsame Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Migrationshintergrund leistet hierzu einen wichtigen Beitrag. Für alle Kinder und Jugendlichen muss deshalb rechtzeitig eine adäquate schulische Förderung sichergestellt sein. Wir fangen dabei in NRW nicht bei null an. Die allgemeine Schulpflicht gilt schon lange in NRW für alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus. Lehrerinnen und Lehrern stehen seit über 40 Jahren umfangreiche Erfahrungen und Materialien für die Förderung von jungen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zur Verfügung. Außerdem profitieren wir heute von der bewussten Entscheidung, weiterhin eine hohe Zahl von Lehrkräften auszubilden und nicht – wie in vielen anderen Bundesländern geschehen – die Studienplätze für das Lehramt und die Stellen für das Referendariat reduziert zu haben, weil als Folge des demografischen Wandels von sinkenden Schülerzahlen ausgegangen wurde. Um den zusätzlichen Integrationsbedarfen nach der Aufnahme der zahlreichen Geflüchteten in den letzten Monaten gerecht zu werden, müssen die getätigten personellen und infrastrukturellen Maßnahmen der SPD-geführten Landesregierung bedarfsgerecht verstetigt werden.

Antwort der AfD:

siehe Antwort auf Frage 29

Antwort der FDP:

Vielfach fehlt es an Lehrkräften mit der Qualifikation Deutsch als Zweitsprache (DAZ) oder Deutsch als Fremdsprache (DAF). Ebenso fehlt an vielen Schulen eine verlässliche Unterstützung durch multiprofessionelle Teams. Dass die rot- grüne Landesregierung Empfehlungen der Schulaufsichtsbehörden als unproblematisch erachtet, wonach bei mangelnden personellen oder räumlichen Möglichkeiten den Schulen empfohlen wird, die jungen Menschen dann eben im „Schichtbetrieb“ zu unterrichten, sehen wir sehr kritisch. Ebenso kritisch sehen wir auch das rot-grüne Vorgehen, Kinder mit keinen oder nur marginalen Deutschkenntnissen verstärkt unmittelbar in Regelklassen einzugliedern.

Antwort der Piraten:

Die Situation ist nicht zufriedenstellend. Viele geflüchtete Kinder und Jugendliche warten viel zu lange auf einen Platz in einer Schule. Die Klassen sind so groß, dass es mancherorts sehr schwierig bis unmöglich ist, diesen Schülerinnen und Schülern die notwendige individuelle Unterstützung zukommen zu lassen.

**27. Was muss aus Sicht Ihrer Partei getan werden, damit die Integration Geflüchteter in unser Bildungssystem nachhaltig gelingen kann?**

Antwort der CDU:

siehe Antwort auf Frage 29

Antwort der GRÜNEN auf die Fragen 26 und 27:

Schulen und Weiterbildungseinrichtungen haben insgesamt die unerwartet hohe Zahl von geflüchteten Kindern und Jugendlichen sehr engagiert aufgenommen. Das Land hat seinerseits frühzeitig mit zusätzlichen Lehrkräften und multiprofessionellem Personal auf die Zunahme der Schülerzahlen reagiert, früher und umfangreicher als andere Bundesländer. Mit veränderten Angeboten konnte auch die Beschulung der Über-18-Jährigen sichergestellt werden. Die Geflüchteten haben ein Recht auf Bildung!

Mit dem Integrationsplan NRW haben wir die künftigen Herausforderungen zu Integration der Geflüchteten beschrieben und mit Maßnahmen hinterlegt. Vieles ist nicht nur im Hinblick auf Geflüchtete nötig und richtig, wie z.B. das Konzept einer durchgängigen Sprachbildung oder die Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Lehrenden.

Antwort der LINKEN:

siehe Antwort auf Frage 26

Antwort der SPD:

Wir müssen unser gesamtes Bildungssystem von der Kita bis zur Weiterbildung fit für die Integration machen und auf allen Ebenen weiter für Geflüchtete öffnen und Zugangshürden weiter abbauen. Speziell die Schulen werden wir weiterhin angemessen bei ihrer wichtigen Aufgabe der Integration von Zuwanderern unterstützen. Die Bildung von Sprachfördergruppen bleibt notwendiges Mittel, um ein intensives Erlernen der deutschen Sprache zu gewährleisten.

Antwort der AfD:

siehe Antwort auf Frage 29

Antwort der FDP:

Die Fachleute, nämlich die Schulen, sollten entscheiden, ob zunächst eine temporäre Beschulung in externen Vorbereitungsklassen zum Deutschlernen erfolgen soll. Es werden mehr Lehrkräfte mit DAZ- und/oder DAF-Kenntnissen benötigt. Jeder Schule muss die Unterstützung durch Sozialpädagoginnen und -pädagogen ermöglicht und langfristig gesichert werden.

Multiprofessionelle Teams aus Schulsozialarbeit und Schulpsychologie vernetzen sich dabei mit der Jugendhilfe und unterstützen die Förderung und Integration etwa von Flüchtlingskindern.

Wichtig ist ebenfalls die intensive Kooperation mit der Weiterbildungslandschaft. Darüber hinaus fordert die FDP eine Verlängerung der Schulpflicht für nicht mehr schulpflichtige junge Flüchtlinge, da nur über Bildung eine gesicherte Integration in die Gesellschaft gelingen kann. Leider wird auch dies bisher insbesondere durch die Grünen verhindert.

Antwort der Piraten:

Gesellschaftliche Teilhabe gelingt nur durch gute Bildung. Es muss sichergestellt werden, dass allen Kindern und Jugendlichen mit Einwanderungshintergrund sowie auch allen anderen Schülerinnen und Schülern passende Bildungsangebote gemacht werden. Deshalb fordern wir, dass angemessene Ressourcen sowohl an Personal wie auch an Sachausstattung zur Verfügung gestellt werden. Nach einem Sozialindex sollen alle Schulen mit ausreichend Lehrpersonal und anderen Professionen, wie Sozialarbeitern, Sozialpädagogen und Psychologen ausgestattet werden. Außerdem muss die interkulturelle Schul- und Unterrichtsentwicklung gestützt und gefördert werden.

**28. Denkt Ihre Partei, dass mehr Wettbewerb zwischen den einzelnen Schulen zu besseren Lernbedingungen für Schüler\*innen führt?**

Antwort der CDU:

siehe Antwort auf Frage 29

Antwort der GRÜNEN:

Wir begrüßen, wenn Schulen sich ein besonderes Profil geben, sich z.B. entscheiden, Europaschule zu werden oder der musisch-kulturellen Bildung einen besonderen Stellenwert zu geben. Einen Wettbewerb von Schulen z.B. mit einem Leistungsranking lehnen wir ab. Das fördert ein „Blaming and Shaming“ anstatt eventuelle Defizite oder Nachteile durch Unterstützungsmaßnahmen, z.B. für Schulen in Stadtteilen mit besonderen Problemlagen, auszugleichen.

Antwort der LINKEN:

Nein.

Antwort der SPD:

Nein.

Antwort der AfD:

siehe Antwort auf Frage 29

Antwort der FDP:

Grundsätzlich ja. Alleine eine stärkere Profilbildung der Schulen stellt letztlich auch eine Form des Wettbewerbs um beste Konzepte dar. Wer überall nur standardisierte Einheitslösungen statt mehr Schulfreiheit und Gestaltungsmöglichkeiten für die Schulen fordert, beschränkt Kreativität und Motivation. Das führt letztlich nur zu Mittelmaß. Allerdings muss noch stärker sichergestellt werden, dass unterschiedliche Problemlagen, etwa das sozialräumliche Umfeld von Schulen, bei der Unterstützung eine bessere Berücksichtigung finden. Aber auch hier beweisen sehr viele, sogar preisgekrönte Schulen bereits heute, dass trotz eines schwierigen sozialen Einzugsbereichs durch eigene Profilbildung und Schwerpunktsetzungen hervorragende Arbeit geleistet werden kann. Wir wollen jedoch nicht länger einen Wettbewerb der 16 Bildungssysteme der Bundesländer, sondern einen Wettbewerb der einzelnen Bildungseinrichtungen um die besten Ideen. Erforderlich sind gemeinsame Bildungsstandards, bundeseinheitliche Abschlussprüfungen und eine transparente Evaluation der einzelnen Schulen. Die Ergebnisse der Qualitätsanalyse und der Lernstandserhebungen sollen durch die Schulen im Internet veröffentlicht werden, um mehr Transparenz zu ermöglichen.

Antwort der Piraten:

Die PIRATEN NRW sind nicht davon überzeugt, dass mehr Wettbewerb zwischen den einzelnen Schulen die Lernbedingungen der Schülerinnen und Schüler wirksam verbessern kann. Auch darf Bildung nicht als Ware betrachtet werden, deren Produktion im freien Wettbewerb immer effizienter organisiert wird. Denn zum einen ist Bildung ein sehr individueller Entwicklungsprozess. Zum anderen ist Bildung ein Menschenrecht. Deshalb setzt sich die Piratenpartei dafür ein, die Rahmenbedingungen für alle Schulen soweit zu verbessern, dass es gute Lernbedingungen für alle Schülerinnen und Schüler gibt.

**29. Was halten Sie vom Konzept der völlig kostenfreien Bildung von der Kindertagesstätte bis zur Universität? Wenn Sie dies befürworten, was wären mögliche Ansätze zur Finanzierung?**

Antwort der CDU auf die Fragen 20 bis 29:

Die CDU Nordrhein-Westfalen berücksichtigt in ihrer Bildungspolitik die Einzigartigkeit, aber auch die Unterschiedlichkeit jedes Menschen mit seinen verschiedenen Anlagen und Begabungen, Interessen, Neigungen und Bedürfnissen, seinem jeweiligen Lerntempo und Leistungsvermögen. Zugleich respektieren wir das Erziehungsrecht und die Wahlfreiheit der Eltern. Aus diesen Gründen stehen wir für ein gegliedertes, vielfältiges und leistungsorientiertes Bildungssystem in allen Schulstufen. Eine Einheitsschule lehnen wir entschieden ab, denn wir sind überzeugt, dass die Unterschiedlichkeit der Kinder auch schulische Vielfalt braucht. Jede Schülerin und jeder Schüler

muss den vorhandenen individuellen Neigungen, Interessen und Leistungen gemäß gefördert werden. Dabei ist jeder Schulform und jeder Schule die Möglichkeit zur spezifischen Profilbildung zu eröffnen.

Menschen sind nicht nur unterschiedlich, sondern entwickeln sich auch unterschiedlich schnell. Deshalb wollen wir die Durchlässigkeit des Schulsystems weiter erhöhen. Alle Kinder und Jugendlichen sollen unabhängig davon, in welcher Schulform sie ihre Schulkarriere beginnen und losgelöst von ihrer sozialen Herkunft bzw. dem Bildungshintergrund ihrer Eltern, ihren bestmöglichen Schulabschluss erreichen können. Ebenso muss es immer die Möglichkeit geben, auch zu einem späteren Zeitpunkt einen Schulabschluss nachzuholen.

Neben einer Stärkung des Gymnasiums und der Sicherung des Charakters der Abiturprüfung als Nachweis einer allgemeinen, studienvorbereitenden Hochschulreife streben wir an, dass die Abschlüsse anderer Schulformen wieder verstärkt als geeignete Qualifikationen für Ausbildungsberufe anerkannt werden. Für die CDU Nordrhein-Westfalen beginnt der Mensch nicht erst mit dem Abitur und sein Wert für die Gesellschaft bemisst sich nicht an einem akademischen Grad. Wir erkennen und würdigen deshalb mit Nachdruck unser weltweit einzigartiges System der dualen Ausbildung als optimalen Weg, gesellschaftliche Vielfalt im Bildungswesen abzubilden, Potenziale zu fördern, Jugendarbeitslosigkeit zu verhindern und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu stärken. Wir wollen dabei die Möglichkeit modularer Ausbildungen fördern.

Gute Bildung schafft Unabhängigkeit, Aufstiegschancen und Wohlstand. Unser Ziel ist es, allen Menschen in Nordrhein-Westfalen ihren individuellen Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen und zu sichern. Doch im bundesweiten Schulvergleich ist Nordrhein-Westfalen in den zurückliegenden 40 Jahren unter sozialdemokratischer und grüner Verantwortung für den Bildungsbereich immer weiter zurückgefallen. Praktisch jede Schulform steht vor massiven Problemen, die größtenteils jahrzehntealte strukturelle Ursachen besitzen. Aktuelle Hauptprobleme der nordrhein-westfälischen Schulen sind insbesondere die mangelhafte Umsetzung der Inklusion, der massive Unterrichtsausfall, die systematische Unterfinanzierung bei Personal, Gebäuden und Infrastruktur sowie die schwierige Debatte über ein Abitur nach acht oder neun Gymnasialjahren. Unser Land weist den höchsten strukturell bedingten Unterrichtsausfall (sog. „Kienbaumlücke“), die ungünstigsten Lehrer-Schüler-Relationen und die niedrigsten Bildungsausgaben pro Schüler auf. Zudem sind Schulen, Lehrer und Schüler schlecht auf das digitale Lernen und damit auf die Zukunft vorbereitet. Hinzu kommen ständig neue Belastungen für Schulen und Pädagogen durch immer neue Vorgaben und Erlasse der Landesregierung.

Alle diese Probleme wollen und werden wir lösen. Wir verbannen eine bildungspolitische Ideologie aus den Schulen und analysieren stattdessen sachlich und wissenschaftlich fundiert die Stärken und Schwächen unseres Schulwesens in Nordrhein-Westfalen. Wir werden der Bildung Priorität einräumen und dabei den Fokus auf eine hohe Bildungsqualität setzen. Nordrhein-Westfalen muss wieder bundesweiter Vorreiter und Vorbild in der Bildungspolitik werden.

In den kommenden Jahren wird die Beschulung und soziale Integration zehntausender Flüchtlingskinder eine zusätzliche Herausforderung für die Schulen in Nordrhein-Westfalen bedeuten. Auf diese Herausforderung sind Schulen wie Lehrer durch die rot-grüne Landesregierung jedoch nur unzureichend vorbereitet. Es fehlen zusätzliche Lehrerstellen, Räumlichkeiten und Unterrichtskonzepte.

Wir werden Eingangsklassen für Kinder und Jugendliche ohne jede Deutschkenntnisse als Basis für den anschließenden Besuch des Regelunterrichts bilden und darüber hin-aus schulbegleitende, differenzierte Angebote zum verbesserten Spracherwerb schaffen.

Den Erlass, der Kinder und Jugendliche ohne deutsche Sprachkenntnisse direkt in die Regelklassen schickt, werden wir zurücknehmen.

Dazu werden wir gezielte Zusatzqualifikationen „Deutsch als Fremdsprache“ für Lehrkräfte anbieten. Auch werden wir pensionierte Fremdsprachenlehrerinnen und -lehrer aktivieren.

Zudem werden wir für eine frühzeitige Feststellung der Potenziale der Kinder und Jugendlichen sorgen, um ihnen eine entsprechende Schullaufbahn an den für sie geeigneten Schulen zu ermöglichen.

Zur Unterstützung der Lehrkräfte wollen wir multiprofessionale Teams aus Psychologen und Schulsozialarbeitern an unseren Schulen einsetzen, die vor allem traumatisierte Kinder und Jugendliche intensiv betreuen können.

Wir werden die Vermittlung historisch-politischer Bildung, speziell der Werte und demokratischen Grundprinzipien unserer Verfassung, zu einem zentralen Bestandteil der Beschulung von Flüchtlingskindern machen, um kulturelle Integration zu erleichtern und Radikalisierungen frühzeitig zu verhindern.

Wir werden geeignete Rahmenbedingungen für berufsschulpflichtige Flüchtlinge schaffen und dabei Berufskollegs, Weiterbildungskollegs, Volkshochschulen und andere Weiterbildungseinrichtungen beteiligen und die Arbeitsvermittlung frühzeitig einbinden. Wir werden die Beschulung von geflüchteten Heranwachsenden ohne Schulabschluss ermöglichen.

Die Wiedereinführung von Studiengebühren lehnt die CDU Nordrhein-Westfalen ab.

Antwort der GRÜNEN:

Wir wollen, dass Bildung grundsätzlich kostenfrei ist. Wir haben die Studiengebühren abgeschafft und das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei gemacht. Im nächsten Schritt wollen wir die Beiträge für den Offenen Ganzttag schrittweise abschaffen, beginnend mit den Beiträgen für Geringverdiener. Auch die Kindertageseinrichtungen wollen wir perspektivisch kostenfrei machen. Hier hat aber für uns zunächst der weitere Ausbau und die Verbesserung der Bereuungsqualität Vorrang.

Antwort der LINKEN:

nicht beantwortet

Antwort der SPD:

Die NRWSPD ist die einzige im Landtag vertretene Partei, die die kostenfreie Bildung von der Kindertagesstätte bis zur Universität auch tatsächlich und kurzfristig angehen will. Studiengebühren gehören mit der NRWSPD weiterhin der Geschichte an. Die frühkindliche Bildung werden wir über das letzte Kita-Jahr hinaus für alle Kinder in den 30 Wochenstunden umfassenden Kernzeiten von Gebühren befreien und dafür zusätzliche finanzielle Landesmittel aufwenden.

Antwort der AfD auf die Fragen 20 bis 29:

Es gibt kein Land auf dieser Welt mit einem Schulsystem, das so durchlässig ist wie Deutschland. Gerade die Mehrgliedrigkeit des deutschen Schulsystems bietet für jede Begabungsform eine geeignete intellektuelle wie soziale Plattform, in der die jeweiligen Personen wertschätzend und erfolgreich lernen und sich entwickeln können. Nach dem jeweiligen Abschluss an dem gewählten Schulsystem ist es möglich, auf eine andere Bildungsplattform zu wechseln und den nächsthöheren Abschluss anzusteuern. Insofern ist gerade das mehrgliedrige Schulsystem ein Garant für die Durchlässigkeit und Vermeidung soziale Benachteiligung. Dies belegen auch Studien zum Misserfolg der Gesamtschulen in allen Bereichen. Auch die Verlängerung der Grundschulzeit hat sich nicht bewährt, wie Studien aus Berlin zeigen. Vom 10. Lebensjahr an müssen Lerngruppen gebildet werden, die einigermaßen leistungshomogen sind, damit jeder aus der Gruppe mithalten und Lernen im Klassenverband dann auch ein „Mannschaftsspiel“ sein kann. Allerdings sollte für die Zuweisung zu einer Regelschule im Bereich der Sekundarstufe I nicht allein das Gutachten der Grundschule zählen, sondern auch das Beratungsgespräch mit den Lehrkräften der aufnehmenden Schule. Hohe Studienabbrecherquoten und das schlechte Abschneiden der Gesamtschulen sind zum Teil verursacht durch die Aufweichung des Leistungsprinzips in vielen Regelschulen. Eine konsequente, faire und wertschätzende Leistungsforderung hilft jedem einzelnen, sich intellektuell weiterzuentwickeln, die eigene Persönlichkeit auszubilden sowie sich richtig einzuschätzen. Deshalb sind auch Ziffernnoten wichtig. Im übrigen wird das auch die Studienabbrecherquoten verringern. Denn eine falsche Leistungseinschätzung des Schülers durch den Lehrer verhindert in jedem Fall Lebenschancen, wenn sie ungerechterweise zu schlecht ist, aber auch wenn sie ungerechterweise

zu gut ist. Beides ist Betrug an dem, der seine Leistung richtig (im Sinne der Gewissenhaftigkeit) bewertet wissen will. Insofern sollten die Schulen in einen Wettbewerb eintreten, wie sehr sie ihre Schüler/innen am besten auf das nachschulische Leben vorbereitet.

Anders als z.B. im anglo-amerikanischen Bildungssystem möchte die AfD die schulische Laufbahn nach dem Leistungsvermögen des jeweiligen Schülers bzw. der Schülerin organisiert wissen, nicht nach dem Elternvermögen. Insofern halten wir Studiengebühren für nicht hilfreich und eine Benachteiligung von Kindern aus nicht so vermögenden Elternhäusern. Allerdings müssen die Eltern Kosten tragen für Bücher und anderes, was im schulischen Betrieb so an Kosten anfällt. Die massenhafte Zuweisung von Migrantenkindern an Regelschulen sorgt für große Schwierigkeiten. Deshalb sollten die Kinder zunächst an den jeweiligen Hauptschulen untergebracht werden, wo zum Teil hervorragend ausgebildete Lehrer für Deutsch als Zweitsprache tätig sind. Im übrigen sollten Migranten, deren Leben in ihren Ländern nicht bedroht ist, in ihre Länder zurückkehren.

Antwort der FDP:

Beitragsfreie Kindergärten sind wünschenswert. Die Kitas in Nordrhein- Westfalen sind jedoch durch die Untätigkeit der rot-grünen Landesregierung sehr stark unterfinanziert. Kleinere Gruppen, mehr Erzieherinnen und flexiblere Öffnungszeiten haben deshalb Vorrang vor weiteren Schritten zur Abschaffung von Elternbeiträgen. Bis zur Umsetzung einer allgemeinen Elternbeitragsfreiheit wollen wir, dass in allen Kommunen landesweit sozial gestaffelte Höchstgrenzen gelten.

Zur Finanzierung einer qualitativ hochwertigen Hochschulausbildung siehe Antwort oben.

Antwort der Piraten:

Die Piratenpartei setzt sich für freie Bildung und den diskriminierungsfreien Zugang zu allen öffentlichen Bildungsangeboten ein. Deshalb sind wir auch bei KiTas und Hochschulen gegen grundsätzliche Gebühren.

## **Demokratie und Partizipation**

### **30. Steht Ihre Partei hinter der aktuell geltenden Drittelparität in der Schulkonferenz?**

Antwort der CDU:

siehe Antwort auf Frage 33

Antwort der GRÜNEN:

siehe Antwort auf Frage 31

Antwort der LINKEN:

DIE LINKE fordert, dass die Schülerinnen und Schüler 50 % der Stimmen in der Schulkonferenz bekommen.

Antwort der SPD:

Ja, schließlich wurde sie von einer SPD-geführten Landesregierung wieder eingeführt. Doch eine Drittelparität nutzt wenig, wenn Informationen für die Konferenzen erst sehr spät verschickt werden und für die Schülerinnen- und Schülervertreter kaum Beratungszeiten bleiben. Wir fordern daher eine Ladungsfrist von einem Monat für Schulkonferenzen und einen Katalog an Punkten, die nur geändert werden können, wenn die Schülerinnen und Schüler zugestimmt haben (Zustimmungspflichtige Punkte).

Antwort der AfD:

siehe Antwort auf Frage 33

Antwort der FDP:

Ja.

Antwort der Piraten:

Ja, für die wirksame Vertretung der Anliegen der Schülerinnen und Schüler in den Schulen ist die Drittelparität notwendig.

### **31. Wird es unter Ihrer Landesregierung ein Stimmrecht für Schüler\*innenvertreter\*innen in Fachkonferenzen geben?**

Antwort der CDU:

siehe Antwort auf Frage 33

Antwort der GRÜNEN:

Eine der ersten Maßnahme nach der Regierungsübernahme war die Wiederherstellung der Drittelqualität in der Schulkonferenz, die gerade auf Drängen der Grünen 2005 im Schulgesetz verankert worden war und ein Jahr später von schwarz-gelb wieder abgeschafft wurde. Die Erfahrungen zeigen, dass die Drittelparität nicht zum befürchteten Chaos führt, sondern ganz in unserem Sinne zu einer verantwortlichen Mitwirkung.

Wir GRÜNE wollen über die Einführung der Drittelparität in der Schulkonferenz hinaus die Partizipationsmöglichkeiten von Schüler\*innen weiter verbessern.

Die Drittelparität soll sich auch in anderen Gremien abbilden können. Wir wollen die Partizipation der Schüler\*innen auf allen Ebenen – von der Grundschule an – stärken und altersgerecht ausweiten.

Antwort der LINKEN:

Ja, es gibt aus unserer Sicht keine sachliche Rechtfertigung dafür, dass die Schüler\*innen in den Fachkonferenzen kein Stimmrecht haben.

Antwort der SPD:

Die NRWSPD wird sich dafür einsetzen, dass Schülerinnen und Schüler nicht nur Rede-, sondern auch Stimmrecht in den Fachkonferenzen erhalten.

Antwort der AfD:

siehe Antwort auf Frage 33

Antwort der FDP:

Da bereits jetzt über die Schulkonferenz mit Drittelparität eine umfangreiche Einbindung des Schülerwillens erfolgt, sehen wir hierfür keine Notwendigkeit. Die Lehrkräfte müssen auch die Möglichkeit haben, ihren Unterricht angemessen zu planen. Wichtig sind aus unserer Sicht jedoch angemessene Feedbacksysteme, für die es ja bereits heute gute Beispiele gibt.

Antwort der Piraten:

Im Sinne einer wirksamen Beteiligung der Schülerinnen und Schüler an Entscheidungen zur Unterrichtsgestaltung unterstützen wir die Forderung nach einem Stimmrecht für Schülerinnen und Schülern in den Fachkonferenzen. Auch wenn in den Fachkonferenzen oftmals Themen behandelt werden, die aufgrund von Fachkenntnissen entschieden werden sollten, meinen wir, dass es eine positive Wirkung hätte, wenn die Fachlehrer\*innen sich mehr darum bemühen würden, die Vertreter der SuS und Elternvertreter von ihren Ideen und Konzepten zu überzeugen.

**32. Fordert Ihre Partei die Absenkung des Wahlalters auf 14 bzw. 16 Jahre und warum (nicht)?**

Antwort der CDU:

siehe Antwort auf Frage 33

Antwort der GRÜNEN:

Wir haben uns im Rahmen der Verfassungskommission massiv für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre eingesetzt. Leider hat es keine ausreichende Mehrheit gegeben. Wir werden auch in der nächsten Legislatur für eine Absenkung streiten.

Antwort der LINKEN:

Wir fordern eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Zugleich ist uns bewusst, dass jede Altersfestsetzung eine willkürliche Grenzziehung ist - manche sind auch vor Vollendung des 16. Lebensjahres an den politischen Entscheidungen interessiert, die ihr Leben betreffen, und auch durchaus in der Lage, hierzu rationale (Wahl-)Entscheidungen zu treffen. Deshalb setzen wir uns zugleich dafür ein, Kinder und Jugendliche auf kommunaler Ebene an Entscheidungen zu beteiligen, die sie unmittelbar betreffen.

Antwort der SPD:

Die NRWSPD setzt sich für eine Senkung des Wahlalters bei Landtagswahlen auf 16 Jahre ein. Bereits in dieser Wahlperiode haben wir einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung eingebracht, der jedoch durch die Ablehnung von CDU und FDP nicht die erforderliche Mehrheit erhielt. Daher werden wir in der nächsten Wahlperiode einen neuen Anlauf starten, das Wahlalter bei Landtagswahlen auf 16 Jahre zu senken.

Antwort der AfD:

siehe Antwort auf Frage 33

Antwort der FDP:

Die Rechte und Pflichten von jungen Menschen sollten stets Hand in Hand gehen. Es erscheint widersprüchlich, wenn junge Menschen mit 14 oder 16 noch keine Verträge alleine abschließen dürfen, aber das Wahlrecht haben. Auch finden wir, dass jeder, der wählen kann, sich auch selbst zur Wahl stellen können soll – bei einer Herabsenkung des Wahlalters wäre das aber nicht mehr der Fall, denn nur Erwachsene können gewählt werden.

Von der Herabsenkung des Wahlalters würden faktisch zudem weit weniger Jugendliche profitieren können, als allgemein angenommen. Da nur alle fünf Jahre gewählt wird, könnten auch nur zwei von fünf Jugendlichen in ihrem Leben einmal zusätzlich wählen, alle anderen würden wie bisher auch erst mit über 18 Jahren erstmals an einer Landtagswahl teilnehmen können.

Für die Gestaltungsmöglichkeiten der Jugendlichen sind nicht allein Fragen des Wahlrechts entscheidend, sondern auch der tatsächliche Spielraum für eigene Entscheidungen. Die Kinder und Jugendlichen von heute laufen Gefahr, dass ihre Steuergelder in Zukunft ausschließlich dafür verwendet werden, die Schulden der Eltern und Großeltern zurückzuzahlen. Wir Freien Demokraten werben deshalb für eine Verankerung einer effektiven Schuldenbremse in der Verfassung von Nordrhein-Westfalen. So wollen wir sicherstellen, dass auch nachfolgende Generationen die Möglichkeit haben, eigene politische Ideen umzusetzen.

Antwort der Piraten:

Die PIRATEN NRW sind der Auffassung, wer die Zukunft von jungen Menschen gestalten will, muss junge Menschen auch an der Gestaltung teilhaben lassen. Deshalb setzen wir uns für eine Absenkung des Wahlalters bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 14 Jahre ein.

### **33. Welche Ideen hat Ihre Partei zur Stärkung von Demokratiebildung und gelebter Partizipation an NRWs Schulen?**

Antwort der CDU auf die Fragen 30 bis 33:

Die CDU Nordrhein-Westfalen plant keine Änderung an der aktuell geltenden Drittelparität. In den Fachkonferenzen sollen weiterhin diejenigen Stimmrecht haben, die die Lehrbefugnis für das jeweilige Fach besitzen.

Die CDU Nordrhein-Westfalen ist unverändert der Auffassung, dass das Wahlalter mit der Volljährigkeit korrelieren sollte.

Die Vielfalt des bürgerschaftlichen Engagements in Nordrhein-Westfalen trägt entscheidend zur Attraktivität und Lebensqualität in unserem Land bei. Sie stärkt Bürgersinn, schafft Entfaltungsmöglichkeiten, fördert gesellschaftlichen Zusammenhalt und wirkt identitätsstiftend.

Ohne das freiwillige Engagement so vieler Bürgerinnen und Bürger würde vieles in unserem Land nicht oder nur eingeschränkt funktionieren. Es ist nicht nur eine tragende Säule unserer Gesellschaft, sondern bewahrt den Staat auch vor systematischer Überforderung.

Daher werden wir das ehrenamtliche Engagement stärken und uns dafür einsetzen, dass freiwillige und ehrenamtliche Dienste die entsprechende Anerkennung und Würdigung erfahren. Vor allem Kinder und Jugendliche wollen wir verstärkt motivieren, sich ehrenamtlich zu engagieren. An den Schulen werden wir dafür sorgen, dass die dafür nötigen zeitlichen Freiräume erhalten bleiben.

Antwort der GRÜNEN:

Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit, Homophobie, Sexismus, Frauenverachtung, Nationalismus und andere menschenfeindliche Positionen müssen immer wieder aufs Neue demaskiert und bekämpft werden. Demokratisches Handeln und kritisches

Denken müssen von Kindesbeinen an erlernt und laufend anschaulich erfahren und neu gestaltet werden.

Deshalb werden wir auch weiterhin die demokratische Bildung in den Schulen stärken und ausbauen und uns noch stärker dem demokratischen Erleben und Erfahren widmen. Wir wollen Schulen ohne Rassismus – Schule mit Courage und Schule der Vielfalt – Schule gegen Homophobie weiter unterstützen. Allein die Zahl der Schulen mit Courage ist seit 2010 von gut 200 auf weit über 600 gewachsen.

Antwort der LINKEN:

Autonomie und Demokratie spielen für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen eine wichtige Rolle. Schüler\*innen sollen von Anfang an lernen, ihr Zusammenleben und ihr Lernen selbst zu gestalten. Das gilt für die Inhalte wie für die Formen des Lernens. Projektorientierung und die Überwindung von Klassen- und Altersgrenzen sind wichtige Schritte für eine Selbstorganisation des Lernprozesses. Arbeitsgemeinschaften, die von Schülerinnen und Schülern selbst initiiert werden, sollen gezielt gefördert werden.

Antwort der SPD:

Die NRWSPD will an den Schulen die Grundlage für Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz legen. Schulen sollen Häuser der Demokratie sein. Wir werden deshalb den Politik- und Geschichtsunterricht wieder stärken und die Arbeit der SVen wie bereits dargelegt weiter fördern. Auslandsaufenthalte von Schülerinnen und Schülern wollen wir fördern und uns dafür einsetzen, dass die im Rahmen von Erasmus+ vorhandenen Programme künftig von noch mehr Schülerinnen und Schülern weiterführender Schulen genutzt werden können. Wir wollen auch die Erinnerungskultur stärken und angesichts immer weniger werdender Zeitzeugen neu ausrichten. Wir werden den Rahmen schaffen, damit im Laufe der Schulzeit jeder nordrhein-westfälischer Schüler und jede nordrhein-westfälische Schülerin die Möglichkeit hat, eine Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus zu besuchen. Und mit uns ist klar, dass die gesellschaftliche Vielfalt unseres Landes auch in Abbildungen in Schulbüchern (inkl. LSBTIQ\* Lebensformen) kein Tabu bleibt.

Antwort der AfD auf die Fragen 30 bis 33:

Die Drittelparität in der Schulkonferenz kann bleiben und hat sich bewährt. Ein Stimmrecht von Eltern oder von Schülern in den Fachkonferenzen wird es mit der AfD nicht geben. Dann wäre die Fachkonferenz keine Fachkonferenz mehr. Auch der Schulleiter hat in einer Fachkonferenz kein Stimmrecht, wenn er ihr nicht als Fachlehrer angehört. Die Mitbestimmung in den Schulen ist institutionell vollständig. Sie muss dann in den einzelnen Schulen auch gelebt werden. Das Wahlalter sollte beim 18. Lebensjahr bleiben.

Antwort der FDP:

Mit einem Schulfreiheitsgesetz wollen wir den Schulen mehr organisatorische, finanzielle, pädagogische und personelle Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen. Dies wollen wir mit den Schulen Schritt für Schritt in die Wege leiten. Auf freiwilliger Basis soll es den Schulen viel stärker ermöglicht werden, eigenständig ihre pädagogischen Konzepte, ihr Personal und ihr Budget zu verantworten. Da hier selbstverständlich auch vielfach die verschiedenen demokratisch legitimierten Schulgremien beteiligt sein werden, wird die gelebte Partizipation vor Ort gestärkt. Letztlich stellen insbesondere die Entscheidungsfindung und Übernahme der Verantwortung für getroffene Entscheidungen einen wichtigen Beitrag zur Demokratiebildung dar. Ein weiterer Gedanke dieser gestärkten Demokratiebildung und gelebter Partizipation an NRWs Schulen stellt das FDP-Konzept zu G8/G9 dar, da wir für die jeweiligen Schulen Gestaltungsmöglichkeiten nach ihren Bedürfnissen vor Ort eröffnen.

Antwort der Piraten:

Es ist wichtig, dass Kinder und Jugendliche lernen, ihre Meinung zu vertreten und dass es wirksam ist, eine Stimme zu haben und diese zu Gehör zu bringen. Schule ist ein zentraler Ort, an dem Demokratie erlernt und eingeübt werden kann.

Wir setzen uns daher dafür ein, dass sich alle Schülerinnen und Schüler aktiv an Entscheidungen in der Schule beteiligen können. Es sollen mehr Möglichkeiten neben oder als Ersatz der Schülerversammlung geschaffen werden, damit sich jede Schülerin und jeder Schüler auch ohne Amt oder Funktionen mit der eigenen Stimme aktiv an Entscheidungsprozessen beteiligen kann. Dies könnte z.B. über eine Internetplattform stattfinden, die auf Liquid Democracy basiert. Den Schülerinnen und Schülern soll so die Möglichkeit gegeben werden, Ideen zu erstellen und Verbesserungsvorschläge vorzustellen, um dann über diese zu diskutieren und abzustimmen. Das Fach Politik wird an weiterführenden Schulen oftmals nur unzureichend und zusätzlich fachfremd unterrichtet. Politisches Wissen und die Auseinandersetzung mit politischen Themen ist unabdingbar für eine reflektierte Haltung in unserer demokratischen Gesellschaft. Daher soll in den weiterführenden Schulen das Fach Politik ein deutlich höheres Gewicht bekommen. Schülerinnen und Schüler sollen sich mit geschichtlichen und aktuellen politischen Ereignissen kritisch auseinandersetzen. Sie sollen in einer demokratischen Grundhaltung gestärkt werden. So soll rassistischen und nationalistischen Tendenzen vorgebeugt und entgegengewirkt werden.

## **Inklusion**

### **34. Befürwortet Ihre Partei die Inklusion an allen Schulen und allen Schulformen in NRW?**

#### Antwort der CDU:

siehe Antwort auf Frage 37

#### Antwort der GRÜNEN:

siehe Antwort auf Frage 37

#### Antwort der LINKEN:

Ja.

#### Antwort der SPD:

Ja, die NRWSPD bekennt sich zum Recht auf inklusive Beschulung und zu den entsprechenden Zielen der Vereinten Nationen. Diese darf sich nicht nur auf einige Schulformen beschränken, sondern muss – ggf. in einer zieldifferenten Form – an allen Schulformen umgesetzt werden.

#### Antwort der AfD:

siehe Antwort auf Frage 37

#### Antwort der FDP:

Die Freien Demokraten unterstützen den Grundgedanken der Inklusion, einer bestmöglichen Teilhabe und selbstbestimmten Lebensführung von Menschen mit Behinderung ausdrücklich. Aus Sicht der FDP müssen Kinder als Individuen geachtet werden und deren Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen. Dies geschieht bei der gegenwärtigen Umsetzung völlig unzureichend. Kinder dürfen auch nicht für eine Schulstrukturpolitik instrumentalisiert werden.

#### Antwort der Piraten:

Wir befürworten die Inklusion an allen Schulformen, sehen aber auch die Probleme, die es an manchen Schulen und auch Schulformen macht. Einige Schulen und Schulformen sind gar nicht für den inklusiven Unterricht ausgestattet. Es fehlen z.B. Schulküchen, Werkräume und Therapieräume.

### **35. Was sind aktuelle Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Inklusion an den Schulen NRWs?**

#### Antwort der CDU:

siehe Antwort auf Frage 37

#### Antwort der GRÜNEN:

siehe Antwort auf Frage 37

Antwort der LINKEN:

DIE LINKE will inklusive Bildung für alle Schüler\*innen flächendeckend ermöglichen. Zwar hat sich die rot-grüne Landesregierung die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in den Regelschulen auf die Fahnen geschrieben, in der Praxis ist aber die Umsetzung bisher gescheitert. Es fehlen klare Zielsetzungen und ein Umsetzungskonzept, Qualitätskriterien für die Schulen und eindeutige Aufgabenstellungen für die Sonderpädagog\*innen in den Regelschulen. Vor allem aber stellt das Land NRW den Schulen viel zu wenig Lehrer\*innen zur Verfügung, um den Anspruch der Inklusion auch nur im Ansatz gerecht zu werden. Hinzu kommen mangelhafte Gebäude und fehlende Mittel für Hilfsmittel und Materialien. Durch das Nebeneinander von Inklusion in Regelschulen und Förderschulen wird die Ressourcenknappheit durch organisatorische Probleme weiter verschärft. Der Umstellungsprozess von Förderschule zur Regelschule wird derzeit nicht beherrscht. Darunter leiden alle Beteiligten: Die Schüler\*innen mit Behinderungen und deren Familien und die Lehrer\*innen spüren die Probleme am stärksten. Dass SPD und Grüne im einwohnerreichsten Bundesland der Republik die Inklusion ohne klares Konzept und Finanzierung angegangen sind, hat auch dem Inklusionsgedanken insgesamt geschadet.

Antwort der SPD:

Neben der baulichen Barrierefreiheit besteht die wesentliche Herausforderung darin, die erforderlichen personellen Voraussetzungen für gelingende Inklusion zu schaffen. Hierzu bedarf es einerseits weitere finanzielle Aufwendungen, um die erforderlichen Personalbedarfe zu decken und andererseits der Überprüfung, ob die vorhandenen Kapazitäten an den Hochschulen für den mittelfristigen Bedarf an Lehrkräften, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern, Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen und Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen ausreichend sind.

Antwort der AfD:

siehe Antwort auf Frage 37

Antwort der FDP:

Das zentrale Problem ist die ideologische rot-grüne Umsetzung. Das Tempo muss der Qualität folgen, nicht die Qualität dem Tempo. Innerhalb kürzester Zeit sind tausende allgemeiner Schulen zu Inklusionsschulen geworden. Dabei wurde auf jegliche Qualitätsstandards verzichtet. Es fehlt an sonderpädagogischen Fachkräften, qualitativ hochwertiger Fortbildung, vielfach an entsprechender Ausstattung. Gleichzeitig wurden die Rahmenbedingungen an langjährig erfolgreich inklusiv arbeitenden Schulen wie z.B. vielen Gesamtschulen oder Schulen in freier Trägerschaft durch Rot- Grün so verschlechtert, dass ihre Konzepte nach eigener Aussage nun nicht mehr funktionieren. Mit großer Sorge sehen wir insbesondere auch Rückmeldungen, wonach durch die rot-grüne Umsetzung der Inklusion Kinder mit Handicaps gar nicht mehr oder nur noch zeitlich sehr eingeschränkt beschult werden. Das widerspricht dem FDP-Verständnis einer erfolgreichen Inklusion vollkommen.

Antwort der Piraten:

Die Rahmenbedingungen stimmen einfach nicht. Es fehlt an Doppelbesetzungen durch SonderpädagogInnen, aber auch an geeigneten Räumlichkeiten. Die Klassenstärke ist für einen erfolgreichen inklusiven Unterricht viel zu groß.

**36. Welche Prioritäten sieht Ihre Partei bei der Umsetzung der Inklusion an den Schulen NRWs?**

Antwort der CDU:

siehe Antwort auf Frage 37

Antwort der GRÜNEN:

siehe Antwort auf Frage 37

Antwort der LINKEN:

Wir wollen Qualitätskriterien für einen guten inklusiven Unterricht verankern, eine Doppelbesetzung für Klassen im inklusiven Unterricht einführen, mindestens 9000 Lehrerstellen zusätzlich für den Inklusionsprozess schaffen, die Integration der Sonderpädagog\*innen in das jeweilige Kollegium verbessern und die Förderschulen in Orte des gemeinsamen Lernens und Förderns umwandeln. Inklusive Klassen sollen in einem ersten Schritt auf 20 Schüler\*innen bei vier Kindern im Förderbedarf gemäß AO-SF-Verfahren beschränkt werden und eine zweite Lehrer\*innenstelle zur Verfügung gestellt bekommen. Für diese Klassen muss es klare Qualitätsstandards geben.

Antwort der SPD:

Um die schulische Inklusion zum Erfolg zu führen, brauchen wir mehr multiprofessionelle Teams, um den gezielten Einsatz von Doppelbesetzungen und Phasen der individuellen Förderung zu ermöglichen. Dazu gehören gleichermaßen Sonderpädagogen wie nichtlehrendes Personal aus der Schulsozialarbeit, der Schulpsychologie und der Integrationshilfe. Für die Integrationshilfe gilt es, Poollösungen rechtlich abzusichern. Für Jugendliche mit besonders großen Lern- und Verhaltensproblemen werden wir gezielte Unterstützungsstrukturen auch im Verbund mit der Jugendhilfe aufbauen.

Antwort der AfD:

siehe Antwort auf Frage 37

Antwort der FDP:

Das zentrale Problem ist die ideologische rot-grüne Umsetzung. Das Tempo muss der Qualität folgen, nicht die Qualität dem Tempo. Innerhalb kürzester Zeit sind tausende allgemeiner Schulen zu Inklusionsschulen geworden. Dabei wurde auf jegliche Qualitätsstandards verzichtet. Es fehlt an sonderpädagogischen Fachkräften, qualitativ hochwertiger Fortbildung, vielfach an entsprechender Ausstattung. Gleichzeitig wurden die Rahmenbedingungen an langjährig erfolgreich inklusiv arbeitenden Schulen wie z.B. vielen Gesamtschulen oder Schulen in freier Trägerschaft durch Rot- Grün so verschlechtert, dass ihre Konzepte nach eigener Aussage nun nicht mehr funktionieren. Mit großer Sorge sehen wir insbesondere auch Rückmeldungen, wonach durch die rot-grüne Umsetzung der Inklusion Kinder mit Handicaps gar nicht mehr oder nur noch zeitlich sehr eingeschränkt beschult werden. Das widerspricht dem FDP-Verständnis einer erfolgreichen Inklusion vollkommen.

Antwort der Piraten:

Weitgehende Doppelbesetzung, kleinere Klassen, mehr Schulsozialarbeit, Standards für Schulbegleiter....

**37. Möchte Ihre Partei an der Förderschule als Schulform festhalten?**

Antwort der CDU auf die Fragen 34 bis 37:

Die CDU Nordrhein-Westfalen spricht sich für Inklusion in einer vielfältigen Schullandschaft aus, in der die Qualität des Unterrichts zählt. Eine anregende Lernumgebung, gute Lehrer-Schüler-Beziehung, die Vernetzung mit dem Sozialraum und Perspektiven für alle Schülerinnen und Schüler sind für uns Kennzeichen einer guten Schule.

Inklusion bedeutet echte Teilhabe. Dazu muss der Anspruch auf die notwendige personelle und sächliche Unterstützung ernst genommen werden. Die Kompetenzen der Lehrkräfte der allgemeinen Schulen und der sonderpädagogischen Lehrkräfte müssen gleichberechtigt zusammengeführt werden. Das ganze Kollegium benötigt Fortbildungs- und Beratungsmodule. Dies alles enthält Frau Löhrmann vielen betroffenen Schulen und den Schülerinnen und Schülern vor. Lehrerinnen und Lehrer fühlen sich überfordert und wehren sich. So schadet die Landesregierung der Inklusion. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt auf die gezielte Unterstützung und den Ausbau von Vorreiterschulen, die mit erprobten Konzepten, ausreichend qualifiziertem Personal und motiviert echte Inklusion fördern.

Förderschulen sollen erhalten bleiben, um allen Eltern ein Wahlrecht und die Chance zu bieten, auch hier auf Qualität zu setzen. Ein Moratorium soll die Förderschulschließungen stoppen.

#### Antwort der GRÜNEN auf die Fragen 34 bis 37:

Die Schaffung eines inklusiven Schulsystems ist menschenrechtlich geboten und steht nicht zur Disposition. Es ist eine Generationenaufgabe, ein Bildungssystem, das traditionell eher auf Sortierung setzt, weiterzuentwickeln hin zu einem Bildungssystem, das alle Kinder und Jugendlichen in ihrer jeweiligen Eigenart annimmt und sie individuell fördert. Die Aufgabe richtet sich an Eltern, Schüler\*innen, Lehrkräfte, Schulträger, Kommunen und Land. Es richtet sich an alle Schulen und alle Schulformen.

Die Schaffung eines inklusiven Schulsystems ist menschenrechtlich geboten und steht nicht zur Disposition. Es ist eine Generationenaufgabe, ein Bildungssystem, das traditionell eher auf Sortierung setzt, weiterzuentwickeln hin zu einem Bildungssystem, das alle Kinder und Jugendlichen in ihrer jeweiligen Eigenart annimmt und sie individuell fördert. Die Aufgabe richtet sich an Eltern, Schüler\*innen, Lehrkräfte, Schulträger, Kommunen und Land. Es richtet sich an alle Schulen und alle Schulformen.

Wir haben mit dem 9. Schulrechtsänderungsgesetz bewusst ein „Erstes Gesetz zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in den Schulen“ auf den Weg gebracht und darin erstmalig das Recht auf eine inklusive Beschulung verankert. Die Umsetzung erfolgt schrittweise aber zielstrebig. Seit Verabschiedung des Gesetzes haben wir über 1 Mrd. Euro in die Inklusion investiert. Unter anderem haben wir deutlich mehr personelle Ressource zur Verfügung gestellt. Hier sind aber noch weitere Anstrengungen nötig. Problematisch ist der Mangel an Sonderpädagog\*innen. Hier sind in der Vergangenheit zu wenige ausgebildet worden. Wir haben deshalb die Studienkapazität für Sonderpädagog\*innen deutlich erhöht. Allerdings braucht es einige Jahre, bis die neuen Kräfte auch ausgebildet den Schulen zur Verfügung stehen.

Schwierig ist auch, dass es an einigen Schulen grundsätzliche Vorbehalte gibt. So wehren sich einige Gymnasien und Gymnasialverbände gegen die zieldifferente Unterrichtung. Auf der anderen Seite gibt es Gymnasien, die genau das mit Erfolg tun.

Wir werden den Prozess der Inklusion weiter fortlaufend evaluieren und bei Bedarf nachsteuern. Das haben wir auch schon jetzt mit ca. 1500 zusätzlichen Stellen getan. Dinge, die sich gut entwickelt haben – etwa Beratungs- und Unterstützungsansätze wie bei den Beratungshäusern oder dem Coaching-Modell von „mittendrin e. V.“ –, wollen wir in die Fläche bringen, damit die Schulen in ganz NRW davon profitieren können. Wir wollen Beispiele erfolgreicher arbeitender Schulen bekannter machen, mehr Ressourcen für das Change Management und für Teambildung zur Verfügung stellen und mehr multiprofessionelles Personal zur Unterstützung.

Die Zahl der Förderschulen ist (im Bereich Lernen stark) rückläufig, weil Eltern nun einen Platz an einer Regelschule wählen können und davon auch Gebrauch machen.

Wir haben uns dafür entschieden, die Förderschulen Lernen, Emotionale und Soziale Entwicklung sowie Sprache nicht von Landesseite zu schließen. Das verlangsamt Prozesse und benötigt mehr Ressourcen. Ein landesweites Schließen der Förderschwerpunkte zu einem Zeitpunkt hätte aber die Regelschulen überfordert. In den weiteren Förderschwerpunkten wird es auch weiterhin Förderschulen geben. Durchlässigkeit (temporäre Beschulung) und Kooperation sollen im Prozess verstärkt unterstützt werden, um die Systeme weiter zu öffnen. Im Bereich der Sinnesschädigungen zeigt sich, wie eine Förderschule arbeiten kann, deren Schüler\*innen vielfach in Regelschulen lernen.

#### Antwort der LINKEN:

Förderschulen stehen dem Inklusionsgedanken entgegen. Daher wollen wir schrittweise alle Förderschulen zu inklusiven Regelschulen umwandeln. DIE LINKE will dauerhaft das mehrgliedrige Schulsystem überwinden und flächendeckend Gemeinschaftsschulen (Eine Schule für alle) einführen, in denen die Kinder von der ersten Klasse bis zum Abitur gemeinsam lernen können und dort - im Gegensatz zum bestehenden Schulsystem - individuell gefördert werden. Gemeinschaftsschulen sind immer auch inklusive Schulen.

#### Antwort der SPD:

Wir haben die schulische Inklusion auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Anders als in anderen Bundesländern setzen wir dabei auf die Wahlfreiheit der Eltern, ihr Kind inklusiv auf einer allgemeinbildenden Schule unterrichten und fördern zu lassen oder auf einer Förderschule beschulen zu lassen. Den Lernort bestimmen in Nordrhein-Westfalen die Eltern nach umfassender kompetenter und unabhängiger Beratung selbst. Die Förderschulen bleiben also als Lernort erhalten.

Antwort der AfD auf die Fragen 34 bis 37:

Die AfD lehnt die Inklusion zielfähiger zu beschulender Schüler ab und ist dafür, sofort wieder die geschlossenen Förderschulen neu zu eröffnen. Aus Sicht der AfD wie auch im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention aus dem Jahr 2006 ist das Wohl der Kinder mit besonderem Förderbedarf bei der Entwicklung von Schulkonzepten in besonderem Maße zu berücksichtigen. Das hochgradig spezialisierte und professionelle Förderschulsystem hierzulande ist ein wesentlicher Bestandteil des allgemeinen Schulsystems. Förderschulen sind ein bewährtes Instrument, Defizite bei behinderten Menschen auszugleichen und dadurch ein Höchstmaß an Beteiligung am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Antwort der FDP:

Ja. Selbstverständlich sinkt im Zuge der Umsetzung der Inklusion die Zahl der Förderschulen. Den Kerngedanken der Inklusion bildet die selbstbestimmte Lebensgestaltung von Menschen mit Behinderung. Hierzu zählt aber auch eine Wahlmöglichkeit, jedoch kein ideologischer Zwang. Die einen Eltern von Kindern mit Handicaps wünschen den Besuch einer allgemeinen Schule, andere den Besuch einer Förderschule. Diese unterschiedlichen Wünsche gilt es zu respektieren. Letztlich muss zum Wohle des Kindes entschieden werden, wobei der Besuch einer allgemeinen Schule oder aber einer Förderschule sinnvoll sein kann. Daher wollen wir für Familien Wahlmöglichkeiten zwischen allgemeiner Schule und Förderschule sichern. Weit über 80 Prozent der Menschen wünschen laut Umfragen solche Wahlmöglichkeiten. Der erzwungene und absehbar weiter voranschreitende Abbau der Förderschulen gegen den Elternwillen muss gestoppt werden, weil gerade im ländlichen Raum durch die Entfernungen Wahlrechte der Eltern von Kindern mit Behinderungen schleichend leerzulaufen drohen.

Antwort der Piraten:

Solange die Regelschule nicht mindestens die gleichen Fördermöglichkeiten hat, wie die Förderschulen, auf jeden Fall. Aber auch dann sollte es weiterhin Förderschulen geben, da nicht für jedes Kind oder jeden Jugendlichen die inklusive Schule der beste Förderort ist. Als Beispiel sei hier genannt die Förderschule für Kranke, in der unter anderem psychisch kranke Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden, häufig im Einzelunterricht.

## Vermischtes

### **38. Wie steht Ihre Partei zum derzeitigen Religionsunterricht?**

Antwort der CDU:

Gläubig zu sein ist ein Wesensmerkmal des Menschen. Daher unterliegen Glaubensvollzug und religiöse Erziehung nicht dem Zeitgeist. Religiöse Bildung stärkt die gläubige Einstellung der Menschen in unserer Gesellschaft. Zu Erziehung und Bildung gehört aber auch Wertgebundenheit. Ohne Wertorientierung kann unser gesellschaftliches Zusammenleben nicht gelingen. Religion, Glaube und deren Ausübung prägen die Wertorientierung unserer Gesellschaft. Das ist für den Staat unverzichtbar. Insofern ist religiöse Bildung auch im Interesse des Staates. Der bekenntnisorientierte Religionsunterricht ist daher für die CDU Nordrhein-Westfalen ein unerlässlicher Beitrag zur religiösen Erziehung von Kindern und Jugendlichen.

Antwort der GRÜNEN:

Der Religionsunterricht ist verfassungsmäßig garantiert. Wir haben als Schritt hin zu mehr Gleichberechtigung den Islamischen Religionsunterricht eingeführt, in dem Schüler\*innen von in Deutschland ausgebildeten Lehrkräften in deutscher Sprache und mit vom Schulministerium erstellten Curricula unterrichtet werden. NRW ist damit bundesweiter Vorreiter. Für die

Lehrer\*innenausbildung in diesem Fach haben wir einen eigenen Lehrstuhl in Münster geschaffen. Die Zwischenevaluation zeigt, dass der Islamische Religionsunterricht einen wichtigen Beitrag für Integration darstellt.

Gleichzeitig nimmt die Anzahl der konfessionell gebundenen Schüler\*innen kontinuierlich ab. Deswegen wollen wir ergänzend zum bekenntnisorientierten Religionsunterricht das Fach Philosophieren mit Kindern in der Grundschule einführen, damit sich Kinder mit Sinn-, existentiellen und Wertefragen außerhalb eines bekenntnisorientierten Unterrichts auseinandersetzen können. Es ist verstärkt darauf zu achten, dass Schulen über die Freiwilligkeit der Teilnahme am konfessionellen Religionsunterricht informieren.

Antwort der LINKEN:

Wir setzen uns für Religionsfreiheit und für die klare Trennung von Religionsgemeinschaften und Staat ein. Religionsfreiheit kann nicht bedeuten, dass man nur zwischen verschiedenen großen Religionsgemeinschaften wählen kann. Tatsächliche Religionsfreiheit ist erst gegeben, wenn es keine institutionelle Förderung ausgewählter Religionsgemeinschaften und ihrer Organisationen durch den Staat gibt. Normen und Werte, gesellschaftspolitische und philosophische Fragen sollten in Schulen in einem gemeinsamen Unterrichtsfach thematisiert werden. Deshalb sind wir auch zu einer Änderung der Verfassung bzw. einer entsprechenden Festlegung im Schulgesetz bereit. Die Fraktion DIE LINKE hatte bereits in der vergangenen Legislaturperiode beantragt, "Ehrfurcht vor Gott als Erziehungsziel der Schule für alle Schüler\*innen" aus der Landesverfassung und dem Schulgesetz zu streichen. Wir wollen alle Kinder und Jugendlichen mitnehmen und niemanden diskriminieren. Der gemeinsame religionsübergreifende Religionsunterricht wäre ein wichtiger Beitrag zur Integration. Das Verbindende und das Kennenlernen verschiedener Weltanschauungen und Religionen sollte im Mittelpunkt stehen, nicht das Trennende. Wir fordern LER (Lebenskunde, Ethik, Religionen) als gemeinsames, reguläres Schulfach und wollen die Garantie auf bekenntnisorientierten Unterricht aus der Landesverfassung streichen. Religionsunterricht soll nur auf freiwilliger Basis erteilt werden.

Antwort der SPD:

Die NRWSPD bekennt sich zur geltenden Regelung im Schulgesetz: Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach an allen Schulen mit Ausnahme der Weltanschauungsschulen (bekenntnisfreien Schulen). Er wird nach Bekenntnissen getrennt in Übereinstimmung mit den Lehren und Grundsätzen der betreffenden Kirche oder Religionsgemeinschaft erteilt wenn er allgemein eingeführt ist und an der einzelnen Schule mindestens zwölf Schülerinnen und Schüler dem entsprechenden Bekenntnis angehören. Die SPD-geführte Landesregierung hat mit der fraktionsübergreifenden Gesetzesinitiative zur Einführung des Islamischen Religionsunterrichts 2013 eine richtungsweisende Entscheidung getroffen. Gemeinsam mit der CDU und Bündnis 90/ Die Grünen erreicht, dass nun ein weiterer Religionsunterricht angeboten werden kann, der den Bedürfnissen einer Vielzahl von Schülerinnen und Schüler entspricht. Damit ist ein weiter wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Teilhabe in NRW gelungen, der integrierend wirkt. Die Möglichkeit zur eigenständigen Abmeldung vom Religionsunterricht durch die religionsmündigen Schülerinnen und Schüler ist dabei integraler Bestandteil der geltenden Regelung.

Antwort der AfD:

siehe Antwort auf Frage 42

Antwort der FDP:

Die FDP achtet und begrüßt das auch verfassungsrechtlich verankerte Angebot eines konfessionellen Religionsunterrichts. Allerdings ist es den Freien Demokraten hierbei wichtig, dass selbstverständlich niemand zur Teilnahme an einem bekenntnisorientierten Unterricht gezwungen werden darf. Gerade in diesem sensiblen Feld sind qualitativ hochwertige Wahlmöglichkeiten von besonderer Bedeutung. Da in der Grundschule bisher kein den weiterführenden Schulen entsprechendes ordentliches Fachangebot besteht, will die FDP dort ein ordentliches Fach Ethik für diejenigen Kinder einführen, die nicht an einem konfessionellen Unterricht teilnehmen. Leider wurde die FDP-Forderung von SPD und Grünen im Landtag bisher blockiert.

#### Antwort der Piraten:

Der Religionsunterricht ist als einziges Schulfach durch das Grundgesetz geschützt. (Art. 7 Abs. 3). Weil die Gesellschaft immer vielfältiger wird und es immer mehr Schülerinnen und Schüler gibt, die keiner Religionsgemeinschaft angehören, setzten sich die Piraten NRW dafür ein, dass es neben dem Religionsunterricht auch eine nicht-konfessionellen Vermittlung von Werten für alle Schülerinnen und Schüler geben soll. Wir wollen zur Förderung von Toleranz und um die verschiedenen Kulturen und Religionen vorzustellen, Ethikunterricht als Pflichtfach einführen.

### **39. Wie können die Globalen Nachhaltigkeitsziele und allgemein die Bildung für nachhaltige Entwicklung mehr Einzug in die Schulen NRWs erhalten?**

#### Antwort der CDU:

Die komplexer werdende Gesellschaft mit ihren unterschiedlichsten Themen und Problemstellungen war Anlass, in den letzten Jahren diese Themen auch mit Unterstützung der Erziehungswissenschaft als pädagogische Anforderungen an die Schulen zu delegieren. Schule wurde dabei immer mehr zum präventiven und kompensatorischen Reparaturbetrieb, belastet mit immer neuen und zusätzlichen Aufgaben und Inhalten. Der Bildungs- und Erziehungsauftrag von Schule droht zunehmend aus dem Blick zu geraten.

Die CDU Nordrhein-Westfalen wird den Lerninhalt, „Alltagskompetenz, Verbraucherbildung und Ökonomie“ ohne Ausweitung der Stundentafel als verpflichtenden Unterrichtsgegenstand in allen Schulformen einführen und dabei bestehende Lehrpläne auf ihre Anforderungen hin überprüfen. Dazu soll ein pädagogisches Gesamtkonzept entwickelt werden, das die Themen „Alltagskompetenz, Verbraucherbildung und Ökonomie“ für alle Jahrgangsstufen und Schularten modular in dafür geeignete Schulfächer integriert. Inhaltlicher Schwerpunkt ist eine ganzheitliche Alltagsbildung, die Kenntnisse in Ernährungs- und Gesundheitsfragen, hauswirtschaftliche Fertigkeiten, Kenntnisse in wirtschaftlichen Zusammenhängen, Wissen in vorsorgender und nachhaltiger Lebensführung sowie Kompetenz im Umgang mit Geld umfasst.

#### Antwort der GRÜNEN:

Bildung ist ein entscheidender Schlüssel für nachhaltiges Handeln. Um daher die Gestaltungskompetenz für nachhaltiges Handeln auszubauen, stärken wir Bildungseinrichtungen, in denen Schüler\*innen zur aktiven Gestaltung einer ökologisch verträglichen, wirtschaftlich leistungsfähigen und sozial gerechten Umwelt unter Berücksichtigung globaler Aspekte, demokratischer Prinzipien und kultureller Vielfalt zu befähigen sind.

So sollen Themen wie Klimawandel, Ressourcenmangel, Biodiversitätsverlust, sozialer Zusammenhalt und globales Lernen fächerübergreifend in den Lehrplänen verankert werden. Dieser Bildungsansatz reicht von den Kitas bis zu den Hochschulen und in die Weiterbildung; Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) muss daher innerhalb der Strukturen des Bildungswesens für die Akteur\*innen deutlicher erkennbar werden.

Wir werden BNE auch im außerschulischen Bereich stärken. Die von uns initiierte Rahmenvorgabe Verbraucherbildung ist der erste Schritt dazu. Für die vielen engagierten Bildungszentren im Land und die zahlreichen Bildungsinitiativen wollen wir neue Finanzierungsperspektiven entwickeln, da so die flächendeckende Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung im Land abgesichert werden kann. Auch die BNE-Zertifizierung von Bildungseinrichtungen werden wir vorantreiben. Außerschulische Lernorte wie Biologische Stationen, zoologische Gärten oder Biobauernhöfe bleiben für uns wichtige Partner.

#### Antwort der LINKEN:

Bildung für nachhaltige Entwicklung ist ein zentraler Schlüssel für eine zukunftsfähige Gesellschaft, die eine gute Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt bereitstellt und dauerhaft gewährleistet. Die Bildung für nachhaltige Entwicklung muss global, ganzheitlich und inklusiv gestaltet werden. Wichtig ist außerdem eine thematische Breite, die alle Bereiche gesellschaftlicher Entwicklung und die Politik selbst beinhaltet. Neben Umweltschutz, Ressourcenschonung, Globalisierung und Wirtschaft muss Bildung für eine nachhaltige

Entwicklung auch Fragen zur Sicherung des Friedens, sozialer Gerechtigkeit, interkultureller Verständigung und Toleranz umfassen. Darum muss Bildung für nachhaltige Entwicklung über einzelne Projekte hinausgehen und dauerhaft fächerübergreifend in die Schule und das Schulleben integriert werden.

Antwort der SPD:

Im gesamten schulischen Bildungsverlauf werden wir der Sprachbildung, Sprachförderung und der Grundbildung eine hohe Priorität einräumen. Dazu gehören auch die globalen Nachhaltigkeitsziele und allgemein die Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Antwort der AfD:

siehe Antwort auf Frage 42

Antwort der FDP:

Die Einbindung von Themen zur Bildung für nachhaltige Entwicklung in den Unterricht erfolgt regierungsübergreifend bereits seit Jahren. Darüber hinaus können etwa Projektarbeit oder Arbeitsgemeinschaften – gerade auch im Rahmen der zeitlich erweiterten Gestaltungsmöglichkeiten des Ganztags und z.B. unter Einbindung von externen Partnern – einen zielführenden Handlungsrahmen darstellen, um diesbezüglich wichtige Themen zu vertiefen. Dabei sind das verbindliche Kontroversitätsgebot und das Überwältigungsverbot bei politischer Bildung zu beachten.

Antwort der Piraten:

Vor allem an den Ganztagschulen, aber auch an allen anderen Schulen, sollten vermehrt schulische aber auch außerschulische Projekte angeboten werden, die sich mit nachhaltiger Entwicklung beschäftigen.

#### **40. Wie steht Ihre Partei zu Kooperationen von Schulen mit privatwirtschaftlichen Unternehmen?**

Antwort der CDU:

Auch die Angebote im Ganzttag sollen um den Bereich „Alltagskompetenz, Verbraucherbildung und Ökonomie“ erweitert werden. Außerschulische Lernorte und Kooperationen mit fachlich entsprechenden Einrichtungen und Organisationen sollen dabei eine wichtige Rolle spielen. Auf der Grundlage des Gesamtkonzepts sollen modulare Unterrichtsvorgaben einschließlich der entsprechenden Fortbildungen für die Lehrkräfte entwickelt werden, die als eigenständiger Bereich in die Lehrpläne der geeigneten Fächer aufzunehmen sind.

Antwort der GRÜNEN:

Kooperationen von Schulen mit Unternehmen sind zu Recht enge Grenzen gesetzt. Schule muss ein Ort bleiben, in dem keine Werbung Platz hat, auch nicht versteckt. Fälle wie die „Frühstücksdosen von RWE“ sind unzulässig. Hier müssen Schulleitungen besser sensibilisiert werden, um entsprechende Angebote richtig einschätzen zu können.

Antwort der LINKEN:

Da es an den Schulen in NRW seit Jahren an vielem mangelt, haben Lobbyverbände, aber auch einzelne Wirtschaftsunternehmen und andere Interessengruppen ein leichtes Spiel, Einfluss auf die Schulen zu nehmen. Sie stellen teilweise Lehr- und Unterrichtsmaterial kostenlos zur Verfügung bis hin zu ganzen Klassensätzen von Laptops. Das geht zum Teil einher damit, dass sie „kompetente Experten“ in den Unterricht schicken, die dann zum Beispiel aus der Sicht des eigenen Unternehmens oder Interessenverbands zu wirtschaftspolitischen Themen Positionen erläutern können. Wirtschaftsunternehmen und Interessenverbände dürfen unserer Auffassung nach keinen Einfluss auf die Schulgestaltung und Unterrichtsinhalte nehmen.

Antwort der SPD:

Unsere Schulen sollen für die Schülerinnen und Schüler umfassend bilden und ihnen so den Weg in ein selbstbestimmtes Leben und zu sozialem Aufstieg ermöglichen. Hierzu gehört neben einer guten Grundbildung auch die Vermittlung von ökonomischen Wissen, das um Verbraucherschutz und Berufswahlvorbereitung

ergänzt wird. In diesem Kontext halten wir Kooperationen von Schulen mit privatwirtschaftlichen Unternehmen für sehr sinnvoll.

Antwort der AfD:

siehe Antwort auf Frage 42

Antwort der FDP:

Generell gilt völlig zu Recht ein Werbeverbot an Schulen. Klar muss daher sein, dass die bestehenden rechtlichen Vorgaben eingehalten werden. Jegliche Zusammenarbeit mit privatwirtschaftlichen Unternehmen zu unterbinden, wäre jedoch weder intelligent noch im Interesse der Schülerinnen und Schüler. Denn inhaltlich angemessenes Sponsoring, frühzeitige Berufs- und Studienorientierung oder Praktika wären ohne die sinnvolle Zusammenarbeit von Schulen mit privatwirtschaftlichen Unternehmen kaum umsetzbar.

Antwort der Piraten:

Die Kooperation von Schulen mit Unternehmen kann beispielsweise in Fragen der Berufsinformation für die Schülerinnen und Schüler sehr positiv sein. Doch die gängige Praxis beim Schul sponsoring sehen wir kritisch. Es werden z.B. Schülerwettbewerbe veranstaltet, die vor allem Werbeveranstaltungen sind. Um dies in Zukunft zu verhindern, muss das Bewusstsein für die Problematik weiter geschärft werden. Die Piratenfraktion hat Werbung und Sponsoring an Schulen im Landtag deshalb mehrfach thematisiert.

#### **41. Wie steht Ihre Partei zu genderneutraler Sprache und warum gendern Sie (nicht) in Ihren Wahlprogrammen?**

Antwort der CDU:

Selbst die Wissenschaft ist sich nicht darüber einig, was „Genderneutralität“ ist. Sprache darf nicht diskriminieren. Sprache ohne Sprecher gibt es nicht. Insofern kommt es immer auf den Gebrauch von Sprache an. Sogar sogenannte „genderneutrale Sprache“ kann sehr diskriminierend gebraucht werden.

Antwort der GRÜNEN:

Grüne gendern von jeher nicht nur unsere Wahlprogramme. Immer noch reagieren einige mit Kopfschütteln oder Hohn. Für uns Grüne ist es aber ein Ausdruck, dass Sprache auch ein Welt- und Menschenbild ausdrückt. Für uns gibt es nicht nur ein Geschlecht. Die Welt ist bunt, das soll auch ausgedrückt werden.

Antwort der LINKEN:

Was geschlechtergerechte Ansprache betrifft, befindet sich DIE LINKE in einem laufenden Prozess mit unterschiedlichen Stimmen. Während unser gemeinsames Ziel eine einschließende Ansprache für alle ist, sind die Einschätzungen darüber verschieden, wie stark wir uns dabei an den verbreiteten Lesegewohnheiten orientieren sollten, um unsere Inhalte vermitteln zu können, oder wie weit wir diese mit noch ungewohnten Formen vorantreiben können. Daher gibt es einen Leitfaden der Partei, der jedoch nicht bindend ist. Im Programm für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hat sich die Partei daher für das Sternchen als Form entschieden (Bürger\*innen), im Programm für die Bundestagswahl hingegen verwenden wir die binäre ausgeschriebene Form (Bürgerinnen und Bürger). Wie die Sprache selbst, entwickelt sich aber auch DIE LINKE ständig weiter.

Antwort der SPD:

Eine geschlechtergerechte Sprache gehört zur tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter und zur Beseitigung von Diskriminierungen. Entsprechend haben wir unser Wahlprogramm auch geschlechtergerecht formuliert.

Antwort der AfD:

siehe Antwort auf Frage 42

Antwort der FDP:

Zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen kann geschlechterneutrale Sprache einen gewissen Beitrag leisten, wobei reale Verbesserungen im

alltäglichen Leben der Betroffenen für uns Priorität haben. Das Wahlprogramm der FDP ist weitgehend gegendert. Wir haben aber stets darauf geachtet, dass die Lesbarkeit des Textes nicht erschwert wird. Geschlechtergerechte Sprache muss verständlich bleiben und darf nicht übertrieben werden, so wie dies bei vielen Alternativen zum generischen Maskulinum der Fall ist.

Antwort der Piraten:

Das ist bei den Piraten noch immer ein großer Diskussionspunkt, bei dem bislang keine Einigung erzielt wurde. Wir bemühen uns, dort wo es geht, eine neutrale Form zu nutzen.

**42. Wird Ihre Partei an der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Schule und Weiterbildung und dem Wehrbereichskommando II der Bundeswehr festhalten?**

Antwort der CDU:

Wenn der schulische Bildungs- und Erziehungsauftrag durch eine Kooperation gefördert und unterstützt wird, ist diese Kooperation im Sinne des Schulgesetzes.

Dies trifft auch auf die Kooperation mit dem Wehrbereichskommando II zu.

Antwort der GRÜNEN:

Wir haben das Kooperationsabkommen mit der Bundeswehr geändert.

Die Diskussion über die Bundeswehr, sowohl die Frage der Sicherheits- und Friedenskonzepte, der Auslandseinsätze und Kriegshandlungen wie auch die Fragen von Wehrpflicht und das historische Erbe, gehört notwendig zum Gegenstand politischer Bildung. Alle Aktivitäten, die einen werbenden Charakter für die Bundeswehr haben, sind gemäß des Beutelbacher Konsenses in der Schule konsequent zu unterbinden. Unabhängig von der Frage der Kooperation von Bundeswehr und Schule muss die politische Bildung in der Schule weiter gestärkt werden.

Es hat sich in der Anhörung im NRW-Landtag deutlich gezeigt, dass ein Kooperationsvertrag, wie ihn die CDU-Ministerin geschlossen hatte, allein für die Bundeswehr keinen Sinn macht. Ein solcher Vertrag macht jedoch aus einer anderen Perspektive Sinn, nämlich dann, wenn er gewährleistet, dass NGOs, Friedensinitiativen und FriedensforscherInnen verbindlich zu Diskussionsveranstaltungen mit der Bundeswehr zugelassen werden.

Die Vertreter der Bundeswehr bringen nicht alle notwendigen Diskussionsaspekte ein. Zudem dürfen Antworten nicht nur aus einer Sichtweise heraus gegeben werden. Dazu gehören u.a. ethisch-moralische Fragen, die Konfrontation mit Verletzungen, Tod und Töten und die Frage, wie die Bundeswehr mit der großen Zahl von Soldat\*innen umgeht, die traumatisiert aus dem Einsatz kommen und wie sie diese Entwicklung bewertet.

Hierfür haben wir auch Mittel eingestellt, damit Fahrtkosten und Aufwand der Experten\*innen z. B. aus Friedensinitiativen und Kirchen, meist ehrenamtlichen Vertreter\*innen, erstattet werden können. Gerade über die SV sollte die Beteiligung konsequent eingefordert werden.

Antwort der LINKEN:

Nein. Mit Sorge betrachten wir die zunehmenden Aktivitäten der Bundeswehr zur Selbstdarstellung und zur Werbung von Nachwuchs an den Schulen. DIE LINKE lehnt Werbeversuche der Bundeswehr an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen und verurteilt sie. Die Schule darf kein Ort für die Rekrutierung von Soldatinnen und Soldaten werden. Es muss strikt darauf geachtet werden, dass die Bundeswehr weder offen noch verdeckt junge Leute in Schulen für Militärdienste wirbt.

Antwort der SPD:

Die SPD-geführte Landesregierung hat die von CDU und FDP einseitig getroffene Kooperationsvereinbarung reformiert. Demnach können Jugendoffiziere der Bundeswehr, wie auch Vertreterinnen und Vertreter anderer Institutionen sowie Organisationen der Friedensbewegung, im Rahmen von schulischen Veranstaltungen Schülerinnen und Schüler über die zur Friedenssicherung möglichen Instrumente der Politik und die Aufgabenstellung der Bundeswehr informieren. Wir werden an den Zielen der Kooperationsvereinbarung festhalten, damit Schülerinnen und Schülern den Zugang zu zusätzlichen Informationen zu friedens- und sicherheitspolitischen Fragestellungen

eröffnen und die Entwicklung einer Friedensgesinnung der Schülerinnen und Schüler zu fördern und sie befähigen, sich mit Fragen internationaler Verständigung und Zusammenarbeit sowie mit unterschiedlichen Strategien von Friedenserhalt auseinanderzusetzen.

Antwort der AfD auf die Fragen 38 bis 42:

Die Bundeswehr ist wie andere außerschulische Partner ein gern gesehener Gast in den Schulen, wenn sich der Lehrplan des jeweiligen Faches gerade damit beschäftigt. Auch Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen sind vorstellbar, wobei jedoch die Entscheidungsfreiheit der Schule nicht eingeschränkt werden dürfte.

Genderneutrale Sprache ist eine Form der Sprachvergewaltigung, die zur Umformung des Denkens führen soll. Solch despotische Übergriffe auf die Freiheit des Denkens lehnt die AfD ab. Deshalb spricht sich die AfD gegen die Gendervergewaltigung der Sprache aus.

Der Religionsunterricht sollte auf jeden Fall beibehalten werden und unter staatlicher Kontrolle stehen.

Antwort der FDP:

Ja. Die wiederkehrenden Kampagnen gegen die Bundeswehr lehnen wir ab. Es handelt sich bei der Bundeswehr um eine Parlamentsarmee. Darüber hinaus wird z.B. fälschlicherweise angenommen, dass Jugendoffiziere für den Dienst in der Bundeswehr werben, was sie jedoch nicht tun (dürfen). Jugendoffiziere leisten einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung. Hierbei sind, wie generell in der politischen Bildung, der Beutelsbacher Konsens, also das Kontroversitätsgebot und das Überwältigungsverbot zu beachten.

Antwort der Piraten:

Die Piraten NRW setzen sich dafür ein, die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Schule und Weiterbildung (MSW) des Landes NRW und dem Wehrbereichskommando II der Bundeswehr aufzulösen.